

# **Sozial, Solidarisch, Stark. Zukunft gerecht gestalten!**

**Kommunalwahlprogramm DIE LINKE.Leipzig 2024 (Entwurf)**

## **Inhalt:**

	Präambel	1
1.	Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben	2
2.	Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit	11
3.	Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen	15
4.	Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen für alle	18
5.	Für eine Mobilität, die uns allen nutzt	23
6.	Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle	28
7.	Wir alle sind Leipzig	32

# 1 Sozial, Solidarisch, Stark. 2 Zukunft gerecht gestalten!

## 3 Kommunalwahlprogramm DIE LINKE.Leipzig 2024 (Entwurf)

### 4 Präambel

5 Liebe Leipzigerinnen und Leipziger,  
6 am 9. Juni 2024 finden die Wahlen zu Leipzigs Stadtrat und den Ortschaftsräten statt. Seit den letz-  
7 ten Kommunalwahlen 2019 ist in unserer Heimatstadt die Verflechtung globaler Einflüsse mit loka-  
8 len Herausforderungen spürbar enger geworden als jemals zuvor – davon zeugen nicht nur die Co-  
9 rona-Pandemie, der Ukraine-Krieg, die Energiekrise und der rasch voranschreitende Klimawandel.  
10 Damit behalten Kommunalpolitik sowie Landes- bzw. Bundespolitik zwar ihre jeweilige Spezifik,  
11 doch viele gegenseitige Abhängigkeiten wirken enger und unmittelbarer. So werden die Städte im-  
12 mer spürbarer vom Klimawandel und den weltweiten Migrationsbewegungen erreicht, Konzernent-  
13 scheidungen über globale Lieferketten betreffen die lokale Wirtschaft ohne zwischenliegende Puf-  
14 fer.

15 Viele Leipzigerinnen und Leipziger spüren darüber hinaus, wie die rücksichtslose Umverteilung von  
16 unten nach oben in der Bundesrepublik weiter vorangetrieben wird und schauen angesichts der viel-  
17 fältigen Krisen weniger zuversichtlich in die Zukunft: insbesondere die Ängste und Unsicherheiten  
18 wegen der Mietentwicklungen und der stark steigenden Lebenshaltungskosten nehmen nachweis-  
19 lich zu. Diese Entwicklungen beinhalten eine zutiefst soziale Komponente und die Notwendigkeit,  
20 vor allem diejenigen Mitglieder der Gesellschaft zu unterstützen und zu selbstbewussten Handeln  
21 zu befähigen, die auf solche politisch-praktischen Impulse angewiesen sind.

22 Die Leipziger LINKE behauptet damit ihre klare und eindeutige kommunalpolitische Position einer  
23 alternativen Gestaltungspartei. Als stärkste Fraktion in der jetzt zu Ende gehenden Wahlperiode von  
24 2019-2024 kann sich unsere Bilanz sehen lassen: mit 346 Anträgen und über 521 Anfragen (Stand  
25 28. September 2023) waren wir erneut die aktivste Fraktion im Stadtrat. Zu unseren größten Erfol-  
26 gen zählen der Beschluss zur Einführung der Schulsozialarbeit an allen Schulen bis 2028 sowie die  
27 Verankerung von 30 Prozent öffentlichen Kitas in der Kitastrategie der Stadt, die Einführung des  
28 Bürgerhaushaltes als deutschlandweites Vorbild, die Einführung eines Soziantickets als Deutschland-  
29 ticket, die Finanzierung des Inflationsausgleichs für alle LVB-Beschäftigten auch ohne Tarifvertrag,  
30 die Einführung von Milieuschutzsatzungen zum Schutz von Mieterinnen und Mietern und die jährli-  
31 che Angleichung der Kosten der Unterkunft an die tatsächliche Entwicklung. Darüber hinaus haben  
32 wir maßgeblich dafür gesorgt, dass es keine Kürzungen des Haushaltes der Stadt gibt und sogar  
33 mehr Stellen in Bürgerservice, Ordnungsamt und Wohngeldstelle die Verwaltung hoffentlich bald  
34 schneller machen.

35 In der nächsten Wahlperiode, die fast bis an das Schwellenjahr 2030 reicht, bleibt für eine starke  
36 LINKE als Sachwalterin fortschrittlicher bürgerschaftlicher Interessen viel zu tun. Leipzig befindet  
37 sich zwar demografisch und auch wirtschaftlich weiterhin auf einem moderaten Wachstumspfad,

37 die kommunale Haushaltssituation ist jedoch sehr angespannt. Knapp 35 Jahre nach der Wende be-  
 38 trägt der Anteil der von Armut Betroffenen weiterhin deutlich über 20 Prozent. Kinderarmut und  
 39 wachsende Altersarmut sind bittere Realität in unserer Stadt. Die Einkommen der meisten Leipzige-  
 40 rinnen und Leipziger hinken immer noch vergleichbaren Städten im Westen hinterher und sind  
 41 selbst im sächsischen Vergleich keineswegs führend.

42 Angesichts dieser kritischen Entwicklungen gilt es, den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft unbe-  
 43 dingt zu stabilisieren. Der Sozialbereich ist im Rahmen der von uns angestrebten sozial-ökologi-  
 44 schen Transformation der Gesellschaft daher das zentrale Politikfeld der LINKEN und "Zukunft ge-  
 45 recht gestalten!" folgerichtig unser Leitmotiv. Diesen Anspruch realisieren wir im steten Dialog mit  
 46 der Leipziger Bevölkerung und mit enormer Präsenz vor Ort, denn der angestrebte Wandel ist nur zu  
 47 erreichen, wenn alle progressiven gesellschaftlichen Kräfte einbezogen und sämtliche kreativen Po-  
 48 tentiale der Stadtgesellschaft erschlossen werden. In diesem Sinne versteht sich das vorliegende  
 49 Kommunalwahlprogramm, das mit engagierter externer Unterstützung entstanden ist, nicht nur als  
 50 Wahl-, sondern auch als Arbeitsprogramm der Fraktion DIE LINKE im neuen Stadtrat.

## 51 **1. Für soziale Gerechtigkeit und selbstbestimmtes Leben**

52 Für DIE LINKE gehören soziale Gerechtigkeit und ein selbstbestimmtes Leben für jeden Menschen  
 53 zu den unverwechselbaren Grundwerten. Trotz des wirtschaftlichen Aufschwungs der letzten Jahre  
 54 sind in Leipzig mit eine Armutsgefährdungsquote von 23,7 Prozent nach bundesweitem Maßstab  
 55 fast ein Viertel der Menschen von Armut betroffen. Die soziale Spaltung der Stadtgesellschaft  
 56 vertiefte sich in den letzten Jahren, Corona wirkte dabei als Katalysator. Damit untrennbar  
 57 verknüpft sind Folgewirkungen, z.B. die kontinuierlich steigenden Fallzahlen bei den Hilfen zur  
 58 Erziehung. Signifikant ist auch der direkte Zusammenhang zwischen einer hohen Quote an  
 59 Kinderarmut und der Einkommensarmut der Eltern mit dem deutlich geringeren Anteil für  
 60 gymnasiale Bildungsempfehlungen.

61 Wir benötigen mehr erfolgreiche Instrumente und Handlungskonzepten zur Gegensteuerung, wobei  
 62 wir wissen, dass die sozialpolitischen Gestaltungsmöglichkeiten der Kommune durch die  
 63 weitgehend neoliberale Bundes- und Landespolitik eingeschränkt sind. Gerade deshalb setzen wir  
 64 uns in Leipzig für eine nachhaltige Sozialpolitik ein, die den Anforderungen einer wachsenden Stadt  
 65 gerecht wird.

### 66 **1.1. Stadtgesellschaft sozial und gerecht**

67 Aktive kommunale Sozialpolitik muss sich an alle Leipzigerinnen und Leipziger richten und sie so in  
 68 das Streben nach einer solidarischen und inklusiven Stadtgesellschaft einbeziehen. DIE LINKE tritt  
 69 vor allem für alle diejenigen Menschen ein, die finanziell und sozial benachteiligt werden. Auch mit  
 70 Einführung des Bürgergeldes und der minimalen Erhöhung des Mindestlohns hat sich deren prekäre  
 71 Lage kaum verbessert. Gerade weil sich viele der Betroffenen zurückgezogen haben, möchten wir  
 72 sie ermutigen, politisch aktiv zu werden, um die notwendigen politischen Veränderungen  
 73 einzufordern bzw. selbst mitzugestalten.

74 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 75 • die bezahlbare Versorgung (Strom, Gas, Heizung, Wasser usw.) auch für einkommensarme
- 76 Haushalte
- 77 • den Erhalt und die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum für einkommensarme Haushalte
- 78 sowie benachteiligte Menschen (erster Wohnraum für junge Menschen, suchtkranke und
- 79 psychisch kranke Menschen, Geflüchtete, Menschen mit besonderen Bedarfen usw.)
- 80 • eine Anhebung der Grundfinanzierung und automatische Steigerung des Budgets für freie
- 81 Träger im Sozialbereich sowie faire Ausschreibungsverfahren, insbesondere zur
- 82 tarifgerechten Entlohnung und zur Bekämpfung prekärer Beschäftigung
- 83 • die Sicherung, bessere Kommunikation und weitere Ausgestaltung des Leistungsangebotes
- 84 des Leipzig-Passes, u.a. die Ausweitung auf weitere Menschen im Niedriglohnbereich
- 85 • die jährliche Dynamisierung der Richtwerte bei den Kosten der Unterkunft (KdU) für
- 86 Beziehende von Bürgergeld, von Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung zur
- 87 Vermeidung von Zwangsumzügen und Sozialgerichtsklagen
- 88 • die aktive Bekämpfung der Kinderarmut als oberste Priorität der Stadtpolitik
- 89 • die Stabilisierung des Sozialen Arbeitsmarktes
- 90 • eine Ausbildungsoffensive gegen den zunehmenden Fachkräftemangel auch im
- 91 Sozialbereich
- 92 • die Bekämpfung von Einsamkeit verschiedener Gesellschaftsgruppen.

## 93 **1.2. Umfassende Unterstützung von Familien, Kindern und Jugendlichen**

94 Die wachsende Zahl von Kindern und Jugendlichen erfordert die quantitative, aber vor allem  
 95 qualitative Weiterentwicklung von Konzepten und Förderinstrumenten, bei der die umfassende  
 96 soziale und demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt steht. Dies muss  
 97 durch eine adäquate personelle und finanzielle Ausstattung der in der Kinder- und Jugendhilfe  
 98 tätigen Akteurinnen und Akteure gewährleistet werden. Die Selbstorganisation von jungen  
 99 Menschen ist dabei ein zentrales Moment. Die dafür notwendigen Freiräume müssen erhalten und  
 100 ausgebaut werden.

101 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 102 • die konsequente Umsetzung der Leipziger Kindercharta
- 103 • die umfassende Einhaltung der UN-Kinderrechtskonvention im kommunalen Handeln und
- 104 entsprechend für die konsequente Ausrichtung kommunaler Entscheidungen auf die Belange
- 105 von Kindern, Jugendlichen und deren Familien (Kinder- und Jugendbeteiligung stärken)
- 106 • die gleichberechtigte Teilhabe von geflüchteten Kindern und Jugendlichen an den Angeboten
- 107 der Kinder- und Jugendhilfe sowie die Stärkung von spezifischen integrativen Projekten, die
- 108 für herkunftsspezifische Unterschiede, Fluchterfahrungen und Sprachbarrieren sensibilisiert
- 109 sind
- 110 • die Stärkung und Weiterentwicklung der interkulturellen Kompetenzen der Pädagoginnen
- 111 und Pädagogen in Kita und Hort
- 112 • ein funktionierendes Jugendamt, das insbesondere durch gut aus- und weitergebildetes
- 113 Personal und verlässliche Strukturen in der Lage ist, Hilfen schnell und zielgenau zu
- 114 vergeben
- 115 • den Ausbau der Erziehungs- und Familienberatungsstellen im gesamten Stadtgebiet, die den
- 116 familienformspezifischen Lebenslagen von Alleinerziehenden und ihren Kindern sowie den
- 117 Patchwork- und Regenbogenfamilien besser gerecht wird

- 118 • zeitnahe Beratungstermine für Kindern und Jugendlichen mit psychosozialen Belastungen,  
119 Depression, selbstverletzendem Verhalten usw.
- 120 • die Wertschätzung der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe insbesondere  
121 durch gute - möglichst tarifgebundene - Löhne und gute Arbeitsbedingungen
- 122 • die strukturelle und personelle Unterstützung des Jugendparlaments
- 123 • ein bedarfsgerechtes Budget der Kinder- und Jugendförderung, um Kinder- und Jugendarbeit  
124 qualitativ und quantitativ zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen
- 125 • die dauerhafte Sicherung aller Standorte und Räume der Kinder- und Jugendarbeit als  
126 Freiräume für junge Menschen sowie die stetige Erschließung neuer Freiräume, wo immer  
127 möglich, um die selbstorganisierter, selbstverwalteter und alternativer Jugendkultur zu  
128 fördern
- 129 • die verstärkte Förderung von vulnerablen Gruppen, wie Alleinerziehende oder junge  
130 Erwachsene, die von der Fürsorge nicht mehr erfasst werden (Careleaver\*innen) durch  
131 spezifische Angebote und Förderung der Selbstorganisation und Selbstvertretung
- 132 • die Betreuung von Kindern und Jugendlichen in Pflegefamilien als Alternative zur stationären  
133 Unterbringung in HzE-Maßnahmen (Hilfen zur Erziehung) sowie die engagierte Beratung und  
134 Begleitung durch den Pflegekinderdienst
- 135 • die wesentliche Anhebung der finanziellen Zuwendungen des Freistaates an die Kommune,  
136 insbesondere der Jugendpauschale sowie einer Refinanzierung der Kosten, die durch die  
137 Aufgaben im SGB VIII entstehen, durch den Bund
- 138 • die Schaffung einer Koordinierungsstelle für komplexe Fälle, um schnellstmöglich eine  
139 entsprechende Hilfe/Anschlusshilfe installieren zu können
- 140 • die Stärkung und Ausbau der Inobhutnahmeeinrichtungen und Anschlussangebote
- 141 • den Ausbau der Straßensozialarbeit in Schwerpunktgebieten.

### 142 **1.3. Würdevolles Leben und Teilhabe im Alter**

143 Selbstbestimmtes Leben, Teilhabe auch im Seniorenalter sowie Altern in Würde sind  
144 unveräußerliche Menschenrechte in einem Lebensabschnitt mit eigenen Bedürfnissen und  
145 Ansprüchen. Ältere Menschen wollen sich gleichberechtigt in den gesellschaftlichen Alltag  
146 einbringen und bürgerschaftlich engagieren, wofür es aber auch spezifischer Angebote bedarf. In  
147 Leipzig befindet sich ein Fünftel der Bevölkerung im Seniorenalter (65+). Die Altersarmut nimmt  
148 leider zu und zukünftig werden noch mehr Personen im Rentenalter armutsgefährdet sein bzw. in  
149 Armut leben.

150 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 151 • die konsequente Umsetzung und Fortschreibung des Fachplans „Älter werden in Leipzig“
- 152 • die bessere Berücksichtigung der Belange älterer Menschen in weiteren einschlägigen  
153 Fachplanungen (Pflege, Planung des öffentlichen Raumes, Sozialplanung,  
154 Sportstättenplanung, Verkehrsplanung, Wohnungspolitisches Konzept usw.)
- 155 • mehr Angebote zur Schulung der Senior\*innen für eine barrierefreie Internetnutzung (z.B.  
156 online-Termine, online-Tarife), um soziale Exklusion zu vermeiden
- 157 • eine spezielle Befragung vom Amt für Statistik und Wahlen zum Thema „Älter werden in  
158 Leipzig“ (analog wie 2016), um mehr über die aktuellen Bedürfnisse älterer Menschen zu  
159 erfahren; die Ergebnisse sollen sich in konkreten Maßnahmen wiederfinden
- 160 • mehr Ressourcen für fachliche Beratung (Einzelfallbegleitung, Fallverantwortlichkeit) in den

- 161 Seniorenbüros
- 162 • die Dynamisierung der Förderung für die Offene Seniorenarbeit in allen Seniorentreffs
- 163 infolge der steigenden Nutzerzahlen und der erhöhten finanziellen Aufwände
- 164 • die in Paragraph 71 SGB XII genannten Aufgaben auf dem Gebiet der Altenhilfe über eine
- 165 entsprechende Bundesgesetzgebung zur Pflichtaufgaben in den Kommunen zu erklären
- 166 • die zeitnahe Erarbeitung eines Rahmenkonzepts für seniorengerechte Quartiersentwicklung
- 167 und dessen Umsetzung
- 168 • den Bau von wesentlich mehr altengerechten und barrierefreien Wohnungen durch Neubau
- 169 bzw. den Umbau bestehender Wohnungen sowie die Umsetzung der entsprechenden
- 170 Vorhaben im Wohnungspolitischen Konzept
- 171 • einen gleichberechtigten Zugang von älteren Menschen mit Migrationshintergrund zu
- 172 gesundheitlichen und pflegerischen Versorgungsleistungen
- 173 • die Förderung von Mehrgenerationenwohnprojekten, auch im Bereich des sozialen
- 174 Wohnungsbaus
- 175 • die Erarbeitung des bereits 2018 vom Stadtrat beschlossenen Toilettenkonzepts als
- 176 gesamtstädtisches Sanitärkonzept und dessen Realisierung
- 177 • die Verbesserung der Mobilität von Senior\*innen mit für alle bezahlbaren Tarifen und
- 178 Ausbau des Flexa-Fahrdienstes der LVB zur Anbindung der städtischen Randgebiete an das
- 179 S-Bahn- sowie das LVB-Straßenbahn- und Busnetz.

## 180 **1.4. Gleichstellung aller Geschlechter**

181 Wir stehen als LINKE für die Gleichberechtigung aller Menschen - egal welchen Geschlechts.

182 Unsere Vision ist eine Gesellschaft, in der ein offenes und gleichberechtigtes Miteinander aller

183 Menschen/aller Geschlechter in sämtlichen Lebensbereichen selbstverständlich ist. Deshalb

184 kämpfen wir solidarisch weiter für die Rechte aller von Diskriminierung Betroffenen, für die

185 Umsetzung eines wirklichen sozialen Miteinanders. Für eine Gemeinschaft, die geprägt ist von

186 gegenseitiger Anerkennung, Akzeptanz sowie Unterstützung. Die kommunale Verwaltung hat die

187 Aufgabe, diese Gleichstellung uneingeschränkt mitzudenken und mitzugestalten.

### 188 **1.4.1. Gleichstellung vorleben und Frauen\* sichtbar machen**

189 Hannah Gildoni ist die bisher einzige Ehrenbürgerin der Stadt Leipzig. Auch in anderen Bereichen

190 des öffentlichen städtischen Lebens sind Frauen\* unterrepräsentiert.

191 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 192 • eine Stärkung des Gleichstellungsreferats durch Erhöhung der Ressourcen (Personal und
- 193 Mittel)
- 194 • eine ausreichende Finanzierung des Leipziger Frauen\*- und Flinta-Festivals
- 195 • die Aktualisierung und konsequente Umsetzung von Förderplänen für Frauen\*, Trans- und
- 196 Interpersonen in allen Bereichen der Stadtverwaltung, kommunalen Unternehmen und
- 197 städtischen Eigenbetrieben
- 198 • die paritätische Besetzung von Führungspositionen und mehr Frauen in Aufsichtsräten
- 199 • die paritätische Besetzung bei der Auswahl von Referent\*innen für sämtliche kommunale
- 200 und durch die Kommune geförderten Veranstaltungen
- 201 • eine offizielle Beteiligung der Stadt am jährlichen Equal Pay Day ab 2025 in Form von

- 202 öffentlichkeitswirksamen Aktionsformen
- 203 • eine Teilnahme der Stadtverwaltung am Girls'Day
- 204 • eine gendersensible Sprache, welche die Geschlechtervielfalt der Stadtgesellschaft abbildet
- 205 die Würdigung aktiver Frauen\* als Ehrenbürgerin
- 206 • eine Erinnerungskultur zur Sichtbarmachung der Geschichte von Frauen\* und Lesben,
- 207 Schwulen, Queers, bi-, trans- und intergeschlechtlichen Menschen (z. B. Straßennamen,
- 208 Denkmäler etc.)
- 209 • die Berücksichtigung von Genderaspekten bei städtische Gesundheitsprojekten
- 210 • Erarbeitung eines Awarenessleitfadens für Großveranstaltungen der Stadt Leipzig.

#### 211 **1.4.2. Maßnahmen zum Gewaltschutz**

212 Gewalt gegen Frauen und Kinder ist eines der grundlegendsten Probleme, Femizide finden überall  
 213 statt. Dem aktiv entgegen zu wirken muss auch eine kommunale Aufgabe sein. Hier muss die  
 214 Kommune vor allem präventiv agieren und Notfallhilfe anbieten.

215 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 216 • die vollständige Finanzierung aller Frauen\*schutzhäuser durch die Kommune
- 217 • eine bedarfsgerechte Anpassung der Schutzplätze gemäß der Istanbul-Konvention
- 218 • die Einrichtung von Schutzwohnungen für Mädchen unter 18 Jahren
- 219 • der personelle Ausbau sowie die finanzielle Übernahme durch die Kommune (ohne
- 220 Eigenmittelanteil) von Frauenberatungsstellen
- 221 • besondere Maßnahmen für migrantische Betroffene: Dolmetscherinnen sollen
- 222 selbstverständlich werden
- 223 • verpflichtende Fortbildungsangebote zum Thema Gewaltschutz für Angestellte der
- 224 kommunalen Verwaltung (Jugend- und Sozialamt)
- 225 • Weiterbildungsseminare zum Gewaltschutz für Lehrer und Lehrerinnen an den Schulen
- 226 sowie für Erziehende in der Kindertagesbetreuung
- 227 • mehr Sensibilisierungsseminare für Polizist\*innen
- 228 • eine Verwendung gendersensibler Sprache in der öffentlichen Verwaltung
- 229 • öffentlichkeitswirksame Aktionen am 25. November, dem Tag „Nein zu Gewalt an Frauen
- 230 und ihren Kindern!“ durch die Kommune
- 231 • ein Verbot jeglicher sexistische Werbung im gesamten öffentlichen Raum
- 232 • öffentlichkeitswirksame Aktionen/Kampagnen (Hinweise im öffentlichen Raum,
- 233 Haltestellen, Bahnhöfen ÖPNV usw.) zum Gewaltschutz und den Hilfsangeboten
- 234 (Notruftelefon)
- 235 • die Schaffung und Bewerbung von Täterhilfe.

#### 236 **1.4.3. Queeres Leben sichtbar machen und fördern**

237 Wir arbeiten politisch dafür, die Überwindung jeglicher Diskriminierung von Menschen mit gleich-  
 238 und mehrgeschlechtlicher sexueller Orientierung als Selbstverständlichkeit umzusetzen.

239 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 240 • die Steigerung einer positiven und nicht-stereotypen Darstellung von trans\*-, interge-

- 241 schlechtlichen und nichtbinären Menschen im öffentlichen Leben (z.B. kostenfreie  
 242 Informationsangebote „studium GENDERale“, Präsentation des digitalen Genderkalenders  
 243 z.B. im Rathaus, in Bibliotheken, öffentlich zugänglichen Plätzen und Räumen  
 244 • (verpflichtende) Schulungen zum Thema Gleichstellung/Geschlechtersensibilität in den  
 245 kommunalen Institutionen zur Sensibilisierung von Fachkräften in Erziehung und Bildung, im  
 246 Gesundheitswesen, in der Verwaltungen und im Personalwesen  
 247 • die bessere Befähigung von Fachkräften, trans\*-, intergeschlechtliche und nichtbinäre  
 248 Menschen anzunehmen, wie sie sind, sie in ihrer Selbstbestimmtheit zu bestärken und ihnen  
 249 mit passenden Angeboten konkret weiterzuhelfen  
 250 • mehr Möglichkeiten zur Mitgestaltung und Rückmeldung queerrelevanter Themen in  
 251 der Kommune (Bibliothek, Notfalltelefon, Beratung, queere Kunstführungen in Museen  
 252 „farbenfroh & queervergnügt“, Pairing/Tandem-Programme oder Talk-Runden im Rathaus)  
 253 • die Stärkung und den gesicherten Erhalt von Beratungsstellen, Selbsthilfegruppen,  
 254 Netzwerken und Vereinen (z.B. Rosa Linde e.V., Tiam e.V., Girlz\*Space und die Einrichtung  
 255 eines Übernachtungshauses für obdachlose queere Menschen  
 256 • eine transpositive und diskriminierungsfreie Gesundheitsversorgung (Krankenhäuser,  
 257 Pflegeeinrichtungen, Hospize)  
 258 • die Unterstützung von LSBTIQ\* respektierenden Pflegeeinrichtungen sowie  
 259 Förderprogramme für Kultur- und Begegnungsorte für LSBTIQ\* im Alter (z.B. Offene  
 260 Seniorentreffs).

## 261 **1.5. Inklusion umsetzen**

262 Wir bekennen uns auf der Grundlage der 2009 ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention zur  
 263 inklusiv gestalteten Gesellschaft als menschenrechtlicher Verpflichtung. Dies bedeutet eine  
 264 Gesellschaft, an der alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Fähigkeiten gleichberechtigt  
 265 teilhaben können. Inklusion ist ein Querschnittsthema, welches alle Lebensbereiche umfasst. Mehr  
 266 als ein Zehntel der Leipzigerinnen und Leipziger leben mit Behinderungen und chronischen  
 267 Erkrankungen. Manches hat sich in den letzten Jahren positiv verändert, um die selbstbestimmte  
 268 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Mit der Umsetzung des Teilhabeplans der  
 269 Stadt Leipzig 2017-2024 „Auf dem Weg zur Inklusion“ haben wir eine wichtige Etappe für mehr  
 270 Inklusion weitgehend abgeschlossen. Eine umfassende Barrierefreiheit und gleichberechtigte  
 271 Teilhabe in allen Lebensbereichen ist jedoch in Leipzig noch nicht erreicht. Menschen mit  
 272 Behinderungen erfahren noch zu oft Ausschlüsse. Hier bleibt noch viel zu tun.

273 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 274 • die umfassende Evaluierung und Fortschreibung des Teilhabeplans, dabei umfassende  
 275 Mitwirkung von Selbstvertreter\*innen
- 276 • die Stärkung des Beirates für Menschen mit Behinderungen als Expert\*innengremium in  
 277 eigener Sache
- 278 • den barrierefreien Zugang zu allen Einrichtungen und Dienstleistungsangeboten der  
 279 Stadtverwaltung, einschließlich der Wahllokale
- 280 • die Verringerung von Bearbeitungszeiten bei Belangen von Menschen mit Behinderungen auf  
 281 vier Wochen
- 282 • mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen in der  
 283 Stadtverwaltung und den Eigenbetrieben

- 284 • den Ausbau der gemeinsamen Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderung in
- 285 Komplexkindertagesstätten
- 286 • mehr inklusive Wohnprojekte für selbstbestimmtes Wohnen durch die Bereitstellung
- 287 geeigneter Objekte und entsprechender Finanzen
- 288 • die beschleunigte barrierefreie Gestaltung des ÖPNV durch die flächendeckende Einführung
- 289 von Fahrzeugen mit Niederflurtechnik und die entsprechende Anpassung der Haltestellen
- 290 • die Verwendung von leicht verständlicher Sprache durch die Stadtverwaltung, insbesondere
- 291 bei Bescheiden und Formularen
- 292 • die Stärkung von Antidiskriminierungsstrukturen und -angebote
- 293 • den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport erschweren.

## 294 **1.6. Für eine stabile medizinische Versorgung und gute Pflege**

295 Leipzig verfügt über ein vergleichsweise hohes Niveau bei der ambulanten und stationären  
 296 medizinischen Versorgung, trotzdem sterben auch hier ärmere Menschen deutlich früher. Nicht  
 297 zuletzt durch das Bevölkerungswachstum und den demografischen Wandel werden auch in diesem  
 298 Bereich die Herausforderungen zunehmen. Insgesamt haben wir dafür Sorge zu tragen, dass alle  
 299 Einwohner\*innen unabhängig von Alter und Einkommen, auch künftig medizinisch und pflegerisch  
 300 gut versorgt werden.

301 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 302 • den Erhalt und Ausbau kommunaler Gesundheits- und Sozialeinrichtungen, insbesondere
- 303 eine nachhaltige Stabilisierung des Städtischen Klinikums St. Georg und des dort
- 304 angebotenen Medizinischen Versorgungszentrums (MVZ)
- 305 • die Einrichtung von Gesundheitskiosken, um den Zugang zur Versorgung von Patient\*innen
- 306 mit besonderem Unterstützungsbedarf in sozial benachteiligten Stadtteilen zu verbessern
- 307 und deren Versorgung zu koordinieren
- 308 • die personelle Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes, insbesondere um die
- 309 empfohlenen Untersuchungen bei Kindern flächendeckend zu gewährleisten
- 310 • die Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Geflüchtete (im Bezug des
- 311 Asylbewerberleistungsgesetzes oder vom 1. Tag an) in kommunaler oder
- 312 Landesverantwortung, damit Barrieren bei der Gesundheitsversorgung überwunden werden
- 313 • die interkulturelle Öffnung und Mehrsprachigkeit der kommunalen Gesundheitsdienste und
- 314 Akteur\*innen der Drogenhilfe
- 315 • eine Kultursensibilität in der Pflege, die den besonderen Bedürfnissen von pflegebedürftigen
- 316 Migrant\*innen Rechnung trägt
- 317 • mehr Steuerungsverantwortung der Stadt für eine bedarfsgerechte Pflege und eine
- 318 stringente Strategie bei der Verwendung des kommunalen Pflegebudgets
- 319 • eine rasche Aktualisierung der Sucht- und Drogenpolitischen Leitlinien entsprechend der
- 320 neuen bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen ab 1. Januar 2024
- 321 • den Auf- und Ausbau von schadensminimierenden Angeboten in der Drogenhilfe, z.B.
- 322 Spritzentausch, Drogenkonsumraum und Drug-Checking
- 323 • den Ausbau und die Qualitätssicherung sowie bessere Vernetzung der Suchtprävention vor
- 324 allem für junge Menschen sowie die stärkere Förderung von Ausstiegsprogrammen für alle
- 325 Suchterkrankten
- 326 • die Etablierung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes, um eine noch passgenauere

- 327 verbindliche Versorgung der Betroffenen ermöglichen zu können  
 328 • den Erhalt und Ausbau von sinnstiftenden Beschäftigungsangeboten für suchtkranke und  
 329 psychisch kranke Menschen  
 330 • ein kommunales Netzwerk für Familien mit einer psychischen Erkrankung und/oder  
 331 Suchterkrankung.

## 332 **1.7. Öffentliche und persönliche Sicherheit durch Prävention**

333 Die persönliche Sicherheit steht häufig im Fokus vieler Leipzigerinnen und Leipziger. Linke  
 334 Ordnungs- und Sicherheitspolitik setzt in erster Linie auf Prävention. Diese beginnt bereits mit der  
 335 Überwindung von sozialer Ungerechtigkeit und einer wirksamen sozialen Teilhabe am  
 336 gesamtgesellschaftlichen Leben. Mit der Verschärfung des Polizeirechts oder weiterer Repression  
 337 wie z.B. Videoüberwachung oder verdachtsunabhängigen Kontrollen wird keine Sicherheit  
 338 geschaffen. Wir lehnen ein autoritäres Sicherheitsdenken und die darauf beruhende Law-and-order-  
 339 Politik entschieden ab. Unsere Toleranz endet jedoch dort, wo Menschen seelisch und körperlich  
 340 bedroht und verletzt sowie öffentliches und privates Eigentum durch Vandalismus beschädigt oder  
 341 zerstört werden.

342 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 343 • mehr Präventionsarbeit an allen Kitas und Schulen sowie in Sportvereinen oder Freizeitreffs  
 344 in Zusammenarbeit von Jugendamt, Polizei und freien Trägern
- 345 • eine bessere Berücksichtigung kriminalitätssenkender Faktoren in der Stadtgestaltung,  
 346 insbesondere bei der Verkehrsinfrastruktur und bei Neubauten (offene Straßengestaltung,  
 347 Straßenbeleuchtung unter Berücksichtigung ökologischer Aspekte usw.), um mögliche  
 348 Angsträume zu verhindern
- 349 • die Vertiefung der Sicherheitspartnerschaft zwischen Ordnungsamt, Polizei und Kleingarten-  
 350 und Sportvereinen durch mehr finanzielle Mittel für Aufklärung und technische Prävention
- 351 • mehr finanzielle Mittel und personelle Ausstattung für die zielgerichtete Vertiefung der  
 352 Arbeit des Kommunalen Präventionsrates in den Stadtteilen unter Einbeziehung der  
 353 zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen vor Ort
- 354 • weitere Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Sicherheitsbehörden durch eine  
 355 gezielte Ansprache und Einstellung von Menschen mit Migrationshintergrund
- 356 • mehr Bürger\*innenpolizisten mit bürgerfreundlichen Sprechzeiten in allen Ortsteilen
- 357 • die Möglichkeit des straffreien Konsumierens von mitgeführten Drogen im Rahmen der  
 358 Gesetzlichkeit durch die Einrichtung eines ärztlich betreuten Drogenkonsumraumes
- 359 • die Reduzierung der Fahrraddiebstähle durch eine Offensive für abschließbare  
 360 Fahrradgaragen und -boxen
- 361 • die vollständige Abschaffung der Waffenverbotszone im Leipziger Osten
- 362 • ein sauberes Stadtbild durch personelle, technische und finanzielle Stärkung der  
 363 Stadtreinigung für mehr Papier- und Abfallkörbe sowie für mehr Aufklärung zu den  
 364 Sammelsystemen, um illegale Müllablagerungen und damit verbundene Umweltschäden zu  
 365 verhindern
- 366 • die Entschärfung der Polizeiverordnung und Sondernutzungssatzung in Bezug auf  
 367 Straßenmusikant\*innen und bettelnde Menschen
- 368 • die Gewährleistung der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfristen bei Feuerwehr und  
 369 Rettungsdienst durch eine entsprechende Personalausstattung und zeitgemäße

370 Rettungsmittel.

## 371 **1.8. Leipzig wird vielfältiger und migrantischer**

372 Die Zahl der in Leipzig lebenden Migrant\*innen wächst - inzwischen haben 20 Prozent der  
 373 Stadtgesellschaft einen Migrationshintergrund. Die Menschen kommen dabei zunehmend aus  
 374 globalen Krisengebieten, wo Kriege, Umweltkatastrophen, Flucht und Vertreibung stattfinden. Sie  
 375 alle finden den Weg in die Stadt, um hier vorübergehend zu leben oder längerfristig eine sichere  
 376 Zukunft für sich und ihre Familien aufzubauen. Diese Entwicklung bietet Chancen und stellt zugleich  
 377 unsere weltoffene Stadtgesellschaft vor enorme Herausforderungen: Migrant\*innen sind z.B.  
 378 durchschnittlich stärker von Armut, Benachteiligung und Diskriminierung betroffen. Unser Ziel muss  
 379 es sein, Barrieren und Hemmnisse abzubauen und ein friedliches, vielfältiges Zusammenleben aller  
 380 Menschen in Leipzig zu ermöglichen.

381 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 382 • die Verbesserung der sozialen Teilhabe der Migrant\*innen durch die Förderung der
- 383 Chancengleichheit in der Arbeitswelt und der politischen Partizipation
- 384 • die Förderung des Zugangs zur dezentralen Sozialarbeit und den Beratungsangeboten
- 385 insbesondere im Bereich LSBTIQ\*
- 386 • die interkulturelle Öffnung der städtischen Behörden, Eigenbetriebe und
- 387 Beteiligungsunternehmen durch regelmäßige Fortbildungen der Mitarbeitenden sowie
- 388 entsprechende Einstellungskriterien in der Stadtverwaltung (Fremdsprachenkenntnisse
- 389 usw.), um einen repräsentativen Anteil von Migrant\*innen auch in verantwortlichen
- 390 Positionen zu erreichen
- 391 • die stärkere Förderung des zivilgesellschaftlichen, nachbarschaftlichen und
- 392 partnerschaftlichen Lernens mit Kindern und Jugendlichen aus migrantischen Familien
- 393 • den Ausbau von dezentralen Wohnmöglichkeiten für Geflüchtete, um die Abhängigkeit von
- 394 Gemeinschaftsunterkünften zu reduzieren und eine schnellere Integration in der
- 395 Stadtgesellschaft zu ermöglichen
- 396 • die Erleichterung des Zugangs zum Gesundheitssystem für Migrant\*innen durch dessen
- 397 interkulturelle Öffnung sowie die Abschaffung von Parallelstrukturen in der
- 398 Gesundheitsversorgung durch die Übernahme der Leistungen, die derzeit ehrenamtlich
- 399 übernommen werden, in die Regelstrukturen
- 400 • den Ausbau der psychosozialen Beratung und Begleitung geflüchteter Menschen
- 401 • die Förderung der Ausbildung und Anerkennung der Berufs- und Bildungsabschlüsse von
- 402 Migrant\*innen in der Stadtverwaltung, in der Privatwirtschaft und im Bildungssystem, um ihr
- 403 Potenzial als Fachkräfte zu entfalten und ihnen gleichberechtigte Chancen zu bieten
- 404 • die Öffnung der Fachbeiräte für Migrant\*innen, um ihre Expertise in verschiedenen
- 405 Bereichen einzubringen und ihre politische Teilhabe zu fördern
- 406 • die weitere Aufarbeitung der Kolonialgeschichte Leipzigs sowie die Etablierung von
- 407 entsprechenden Bildungsformaten für Schulen, Behörden und Öffentlichkeit
- 408 • dass alle EU-Sprachen bei den Behörden angeboten werden; die Übersetzungskosten dürfen
- 409 nicht mehr bei den Antragstellerinnen und Antragstellern liegen
- 410 • den weiteren Ausbau der Ausländerbehörde durch eine personelle Aufstockung,
- 411 insbesondere der Einbürgerungsabteilung, sowie eine Evaluation dieser Maßnahme zur
- 412 Hälfte der Wahlperiode.
- 413 • die Aufstockung des Budgets für SprInt (Sprach- und Integrationsmittlung)
- 414 • die Stärkung der Informationen der migrantischen Familien in den Schulen, damit deren

- 415 Kinder verstärkt alle Bildungsniveaus erreichen können  
 416 • die weitere Stärkung des Migrant\*innenbeirats. die höhere finanzielle Förderung der  
 417 migrantischen Selbstorganisationen  
 418 • den Abbau von Barrieren, die den Zugang zum Leipziger Sport erschweren.

## 419 **2. Für eine sozial-ökologische Wirtschaft und gute Arbeit**

420 Vor dem Hintergrund der internationalen und wirtschaftlichen Entwicklung der vergangenen Jahre  
 421 wird für viele Leipzigerinnen und Leipziger das tägliche Leben zu einer wachsenden Herausforde-  
 422 rung, insbesondere die Inflation macht vielen zu schaffen. Trotz weiterer Wirtschaftsansiedlungen  
 423 der vergangenen Jahre besteht sowohl ein Gefälle in der Wirtschaftskraft als auch eine deutliche  
 424 Einkommenslücke gegenüber vergleichbaren Städten im Westen. Für DIE LINKE muss die Leipziger  
 425 Wirtschaftspolitik noch stärker auf eine Erhöhung der Bruttowertschöpfung orientieren. Eine solche  
 426 Zielsetzung kann nur erreicht werden, wenn neben Ansiedlungen von Logistikunternehmen, Gastge-  
 427 werbe- und Touristikbetrieben vor allem Firmen mit innovativen und weltmarktfähigen Produkten  
 428 ihren Platz in Leipzig finden und halten.

429 Die Vielfalt des regionalen Handwerks soll von einer bewusst für die Region ausgestalteten Vergabe  
 430 öffentlicher Aufträge im Rahmen der Investitionen der Eigenbetriebe und kommunalen Unterneh-  
 431 men zur Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge profitieren. Inwieweit die etablierten Wirt-  
 432 schaftskluster weiterentwickelt werden müssen, junge Start-ups gefördert und aus der Kooperation  
 433 von Wissenschaft und Mittelstand als Unternehmen stabilisiert werden können, hängt auch davon  
 434 ab, dass Fachkräfte nach Leipzig kommen, hier ausgebildet werden oder neue Perspektiven finden.  
 435 DIE LINKE will mit ihren wirtschaftspolitischen Forderungen eine solche Entwicklung fördern, gute  
 436 Arbeitsplätze sichern und Unternehmen gewinnen, die neue und gute Arbeitsplätze schaffen.  
 437 Auch für die kommunale Wirtschaftspolitik gilt, dass die finanziellen Spielräume in den Haushalten  
 438 der Stadt Leipzig immer enger werden. So stiegen zwar die Steuereinnahmen im Zeitraum von 2019  
 439 bis 2022 um ca. 100 Mio. EUR auf 829 Mio. EUR, allerdings wuchsen die ordentlichen Aufwendun-  
 440 gen im Vierjahresvergleichszeitraum – vor allem wegen der enormen Teuerung – um 390 Mio. EUR.  
 441 Der Anteil der Steuereinnahmen an den ordentlichen Aufwendungen sank somit von 39,5 Prozent  
 442 auf 37 Prozent. Gleichzeitig ist auch Leipzig hinsichtlich der maximalen Kreditaufnahmen von 1.100  
 443 EUR pro Einwohnerin und Einwohner an die Vorschriften des Landes gebunden.

### 444 **2.1. Stabile, nachhaltige Wirtschaft und soziale Verantwortung**

445 Unsere wirtschaftspolitische Vision umfasst starke Unternehmen mit hochwertigen Arbeitsplätzen  
 446 und sozialer Verantwortung. Die Wirtschaft, insbesondere der Mittelstand, ist ein wichtiger Be-  
 447 standteil für eine soziale und nachhaltige Stadtentwicklung. Wir fordern leistungsfähige Infrastruk-  
 448 turen für eine zukunftsfähige wirtschaftliche Entwicklung. Auch die privatwirtschaftlichen Unter-  
 449 nehmen stehen in gesellschaftlicher Verantwortung und sollen einen angemessenen Beitrag zum  
 450 Gemeinwohl leisten.

451 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 452 • eine zielgerichtete Liegenschafts-, Ansiedlungs- und Entwicklungspolitik unter Nutzung be-

- 453 stehender und zu entwickelnder Plattformen z. B. der Europäischen Metropolregion Mittel-
- 454 deutschland (EMMD) und die Zusammenarbeit mit den umliegenden Landkreisen und Ge-
- 455 meinden
- 456 • grüne Gewerbegebiete im Einklang mit ökologischen und sozialen Kriterien
  - 457 • den Erhalt städtischer landwirtschaftlicher Nutzflächen
  - 458 • eine Vereinbarung mit den umliegenden Landkreisen und Gemeinden über gemeinsame
  - 459 ökologische Kriterien bei künftigen Ansiedlungen
  - 460 • gute Arbeitsbedingungen und Tarifbindung als Voraussetzungen bei der Vergabe von öffent-
  - 461 lichen Aufträgen
  - 462 • eine Evaluierung und Anpassung der Clusterstrategie und der Förderkriterien und Förder-
  - 463 summen des Mittelstandsförderprogramms entlang dieser Fortschreibung
  - 464 • die Konzentration des Programms auf innovative Geschäftsmodelle und die Unterstützung
  - 465 von Nachfolgeregelungen im Handwerk durch leichtere Finanzierungszugänge und einen
  - 466 Leipziger Handwerker-Nachfolge-Fonds
  - 467 • ein attraktives Wirtschafts- und Verwaltungsumfeld und effektive Finanzierungsinstrumente
  - 468 für Start-Ups, um erfolgreiche Neugründungen in der Stadt zu halten
  - 469 • die Entwicklung von Finanzierungsverbänden für Wachstumsfinanzierung mit einem Regio-
  - 470 nalen Leipziger Risikokapitalfonds
  - 471 • die Zusammenarbeit mit regionalen und überregionalen Institutionen, z. B. Bundesagentur
  - 472 für Sprunginnovationen SPRIND, zur Etablierung innovativer Ideen
  - 473 • die Etablierung echter Nachhaltigkeitskriterien als Förderschwerpunkt bei der Stadt- und
  - 474 Kreissparkasse, den Volks- und Raiffeisenbanken und der Sächsischen Aufbaubank (SAB),
  - 475 die über die EU-Nachhaltigkeitskriterien (Taxonomie) hinausgehen
  - 476 • den Aufbau von unternehmens(mit)finanzierten Entwicklungsfonds für Forschungs- und Ent-
  - 477 wicklungsprojekte sowie Ausbildungsinitiativen zur Bewältigung des Strukturwandels
  - 478 • die langfristige und stabile Entwicklung des Tourismus in Leipzig und die Weiterentwicklung
  - 479 des Touristischen Entwicklungsplans (TEP) der Stadt Leipzig nach Best-Practice-Beispielen
  - 480 anderer europäischer, touristischer Metropolen
  - 481 • eine moderne Bewerbung aller touristischen Ziele in Leipzig und die Einbindung der Kultur-
  - 482 stätten, Übernachtungsstätten, Restaurationen in die analoge und digitale Präsentation
  - 483 • einen starken Verbraucherschutz und dessen institutionelle kommunale Förderung.

## 484 **2.2. Die Stadt Leipzig in Vorbildfunktion für gute Arbeit und gute Löhne**

485 Um unsichere Arbeitsverhältnisse zurückzudrängen und die Beschäftigung im Niedriglohnsektor zu

486 reduzieren, kommt der Stadt Leipzig, ihren Eigenbetrieben und Unternehmen eine besondere Rolle

487 nicht nur für die dort Beschäftigten zu. Als wichtige Auftraggeberin im regionalen Wirtschaftskreis-

488 lauf kann sie direkt für diese Ziele tätig werden bzw. mittelbar deren Durchsetzung zu einem Kriteri-

489 um machen. Wir unterstützen die Arbeit der Gewerkschaften und die berechtigten Forderungen der

490 Beschäftigten.

491 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 492 • die strikte Einhaltung geltender Tarifverträge für alle Betriebe und Beteiligungen der Stadt,
- 493 auch bei „Tochter“- und „Enkel“-Unternehmen

- 494 • faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen für alle Mitarbeitenden der kommunalen Unter-
- 495 nehmen im Rahmen kommender Tarifverhandlungen und ihre Unterstützung in Inflations-
- 496 und Krisenzeiten zum Beispiel durch Ausgleichszahlungen
- 497 • die weitere Stärkung des betrieblichen Gesundheitsmanagements
- 498 • die Abschaffung von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverträgen ohne Sachgrund durch
- 499 • reguläre Arbeitsverhältnisse; Beschäftigten ist der Wechsel von Vollzeit- in Teilzeitbeschäfti-
- 500 gung sowie von Teilzeit- in Vollzeitbeschäftigung zu ermöglichen
- 501 • den Erhalt und zielgerichteter Ausbau zukunftsfähiger Ausbildungsplätze bei der Stadt, ihren
- 502 Eigenbetrieben und den kommunalen Gesellschaften sowie die Förderung der Zusammenar-
- 503 beit mit kleinen Unternehmen der Stadt in der Berufsausbildung
- 504 • die Entwicklung eines Gütesiegels für Leipzig „Faire Arbeit – faire Ausbildung“ mit den Kam-
- 505 mern und Gewerkschaften
- 506 • die Sicherung und den Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors mit sozia-
- 507 lversicherungspflichtigen und tariflich abgesicherten Arbeitsplätzen, unter Einbeziehung des
- 508 Kommunalen Eigenbetriebs Engelsdorf (KEE) und der Vereinslandschaft Leipzigs
- 509 • die Entwicklung praxisnaher Aus- und Weiterbildungsangebote insbesondere für Langzeitar-
- 510beitslose mit dem Ziel der Integration in den ersten Arbeitsmarkt, Produktionsschulen sind
- 511 zu fördern
- 512 • die Entsendung von Mitgliedern des Stadtrates in die Trägerversammlung des Jobcenters
- 513 zur stärkeren Einbindung in die Verantwortung für dieses Politikfeld und Evaluierung der Ar-
- 514 beit des Jobcenterbeirates
- 515 • das Mitbestimmungsrecht der Betriebs- und Personalräte bei der Personalplanung und die
- 516 Verstetigung innerbetrieblicher Weiterbildung
- 517 • die Vorbereitung und Realisierung einer Projektstudie zur Einführung der Vier-Tage-Arbeits-
- 518 woche in der Verwaltung und ausgewählten Unternehmen der Stadt Leipzig mit wissen-
- 519 schaftlicher Begleitung.

### 520 **2.3. Sicherung kommunaler Unternehmen für zuverlässige Infrastruktur und**

### 521 **Daseinsvorsorge**

522 Leistungsfähige kommunale Unternehmen sind Garanten für eine zuverlässige öffentliche  
 523 Infrastruktur und eine preiswerte Daseinsvorsorge für alle. Wir stehen für die unbedingte Sicherung  
 524 und den Ausbau des kommunalen Eigentums, der öffentlichen Infrastruktur und der Unternehmen  
 525 der Daseinsvorsorge. Privatisierungen lehnen wir ab. Die Leipziger Stadtwerke (SWL), Leipziger  
 526 Verkehrsbetriebe (LVB), Leipziger Wasserwerke (KWL), die Leipziger Wohnungsbaugesellschaft  
 527 (LWB), das Städtische Klinikum St. Georg, der Städtische Eigenbetrieb Altenpflegeheime (SAH), der  
 528 Städtische Eigenbetrieb Behindertenhilfe (SEB), der Städtische Eigenbetrieb Verbund Kommunale  
 529 Kinder- und Jugendhilfe (VKKJ) und die Stadtreinigung Leipzig gewährleisten auch in Zukunft u. a.  
 530 Versorgungssicherheit in den Bereichen, Energie, Wasser, Abwasser, öffentlicher Nahverkehr,  
 531 Wohnen, Gesundheit, soziale Integration sowie Abfallentsorgung. Dafür müssen auf allen Ebenen  
 532 von Europäischer Union, Bund, Land und Kommune weitere erhebliche finanzielle Mittel zur  
 533 Verfügung gestellt werden, um die Umsetzung der stadtweiten und tiefgreifenden kommunalen  
 534 Wärmeplanung ebenso zu sichern wie den Ausbau des leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehrs  
 535 unter den verschärften sozialen Rahmenbedingungen.

536 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 537 • die Sicherung der Leistungs- und Investitionsfähigkeit der kommunalen Unternehmen
- 538 insbesondere des Stadtkonzerns LVV und des Städtischen Klinikums St. Georg
- 539 • die Rekommunalisierung (teil-)privatisierter Unternehmen, Einrichtungen und Bereiche, die
- 540 für die öffentliche Infrastruktur und Daseinsvorsorge von Bedeutung sind
- 541 • den weiteren Zugang zu neuen Geschäftsfeldern sowie die Novellierung des
- 542 Gemeindefinanzierungsrechtes (Sächsische Gemeindeordnung) auf Landesebene
- 543 • eine Krankenhausreform des Bundes, die dem St. Georg auch eine dauerhaft finanziell
- 544 gesicherte Zukunft gewährleistet
- 545 • die weitere Entwicklung der Leipziger Messe als leistungsfähigem Standort für Fach- und
- 546 Publikumsmessen insbesondere in Verbindung mit innovativen Branchen
- 547 • Investitionen in die öffentliche Infrastruktur in Verantwortung der Stadt und der
- 548 kommunalen Unternehmen; Öffentlich-Private Partnerschaften lehnen wir ab
- 549 • die Intensivierung des gemeinsamen und systematischen Liegenschafts- und
- 550 Flächenmanagements mit der Stadtverwaltung
- 551 • die Planung und Gründung einer Leipziger Bau- und Instandhaltungsgesellschaft, außerhalb
- 552 der LWB als Tochter eines Beteiligungsunternehmens
- 553 • eine Beschränkung der Spitzeneinkommen in den kommunalen Unternehmen und deren
- 554 künftige Orientierung an der Besoldung des Oberbürgermeisters
- 555 • für die ausschließlich friedliche Nutzung des Flughafens Leipzig-Halle und die
- 556 bedingungslose Umsetzung der im Planfeststellungsverfahren zugesicherten
- 557 Lärmschutzmaßnahmen und Flugrouten; den weiteren Ausbau des Flughafens lehnen wir ab.

## 558 **2.4. Zukunft finanzieren durch solide Haushaltspolitik**

559 Nach der Corona-Pandemie sowie der in Folge des Ukrainekrieges verschärften Militarisierung der  
 560 Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Bundesrepublik mit einem nie gekannten Aufrüstungspro-  
 561 gramm von 100 Mrd. Euro sind deutliche Einschnitte bei der Finanzierung der Kommunen schon  
 562 jetzt sichtbar. Leipzig steht als weiterhin wachsende Großstadt vor erheblichen Herausforderungen  
 563 beim sozialen Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und der weiteren Entwicklung ihrer öffentlichen  
 564 Infrastrukturen. Der Erhalt, die Erneuerung und der Ausbau dieser Infrastrukturen – so das Städti-  
 565 sche Klinikum St. Georg – sind ebenso zu bewältigen wie die Energie-, Klima- und Mobilitätswende  
 566 und der Abbau des milliardenschweren Investitionsstaus u. a. in Schulen, öffentlicher Verkehrsinfra-  
 567 struktur (Straßen, Brücken, Fahrrad- und Fußwege), dem Umwelt- und Hochwasserschutz. Der In-  
 568 vestitionsstau umfasst allein bei den Stadt- und Wasserwerken sowie den Verkehrsbetrieben – oh-  
 569 ne kommunale Wärmeplanung – ein geschätztes Volumen von 3,3 Mrd. EUR bis 2029.  
 570 Damit die Kommunen die gigantischen Herausforderungen der Zukunft bewältigen und ihre weitere  
 571 soziale Spaltung verhindern können, müssen Bund und Land die Steuerungs- und Steuerpolitik drin-  
 572 gend ändern.

573 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 574 • die Neuordnung der Finanzbeziehungen zwischen Bund, Ländern und Kommunen in der der
- 575 Grundsatz gilt: wird eine Leistung durch den Gesetzgeber bei der Kommune bestellt, ist die-
- 576 se durch die übertragende Ebene in vollem Umfang zu bezahlen
- 577 • eine grundlegende Reform des Steuersystems in der Bundesrepublik, die kleine und mittlere
- 578 Einkommen entlastet und hohe Einkommen stärker heranzieht, die Erbschaftssteuer ent-
- 579 scheidend reformiert und die Vermögenssteuer wieder erhebt

- 580 • verlässliche und nicht stagnierende oder gar sinkende Fördermittelzuweisungen von Bund  
581 und Land
- 582 • Haushaltsplanungen der Stadt, die keine Kürzungen vorsehen
- 583 • den Vorrang der Eigeninvestition vor Investorenmodellen mit langfristigen, unkündbaren  
584 Mietverträgen; Investitionen durch Dritte nur im begründeten Ausnahmefall
- 585 • eine verlässliche Planung und Umsetzung der Investitionen durch die Schaffung der perso-  
586 nellen und strukturellen Voraussetzungen sowie den Abbau der beschlossenen, aber nicht  
587 umgesetzten Investitionen in Höhe von aktuell 475,6 Mio. EUR
- 588 • für eine Änderung der bisherigen Pauschalgrenze für Kreditaufnahmen der Kommunen in  
589 Sachsen durch die Einführung von leistungsbezogenen Kennzahlen auf der Grundlage des  
590 Ergebnis- und Finanzhaushaltes sowie der Vermögensrechnung (Bilanz)
- 591 • die Einführung eines dezernats- und ämterübergreifenden Fördermittelmanagements, um  
592 dringend benötigte zusätzliche Einnahmen zu generieren
- 593 • die schnellere Umsetzung des „Internen Kontrollsystems (IKS)“ sowie die besondere Förde-  
594 rung eines sachgerechten und detaillierten Controllings u. a. in der Bauplanung und -beglei-  
595 tung sowie im Kinder- und Jugendhilfebereich
- 596 • den unbedingten Einsatz der Verwaltungsspitze unter Ausschöpfung aller rechtlichen Mög-  
597 lichkeiten inkl. Klageweg für eine gerechte und auskömmliche Mittelzuweisung des Freistaa-  
598 tes Sachsen an Leipzig.

### 599 **3. Gute Chancen für die nachfolgenden Generationen**

600 Leipzig muss seinem Anspruch, eine kinder- und jugendfreundliche Stadt zu sein, noch besser  
601 gerecht werden. Unser Anspruch ist es, allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von der  
602 Einkommens- und Vermögenslage der Eltern, unabhängig von der Herkunft und der praktizierten  
603 Familienform, eine lebenswerte Kindheit und inspirierende Jugend sowie gute Bildung und attraktive  
604 berufliche Perspektiven in unserer Heimatstadt zu bieten. Dem steht die skandalöse Tatsache  
605 entgegen, dass jedes fünfte Kind in unserer Stadt von Armut betroffen ist.

#### 606 **3.1. Gute KITA-Betreuung für alle Kinder**

607 Ein bedarfsgerechtes und hochwertiges Angebot an KITA-Plätzen ist weiterhin ein wichtiges  
608 Kriterium für eine familiengerechte Stadt und gute frühkindliche Bildung für die ca. 30.000 Kinder  
609 in unseren KITAs. Um die erforderliche Qualitätsentwicklung systematisch umsetzen zu können,  
610 benötigen wir künftig eine noch bessere pädagogische Ausrichtung und schnellere Reaktionen auf  
611 geänderte Rahmenbedingungen, z.B. durch eine neue Grundsatzvereinbarung und ein einheitliches  
612 Trägerkonzept.

613 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 614 • die Realisierung der kostenfreien Kita-Betreuung im letzten KITA-Jahr für alle Kinder, bei  
615 Kostenausgleich durch den Freistaat Sachsen sowie kurzfristig das Einfrieren der  
616 Elternbeiträge auf der aktuellen Höhe
- 617 • die Ausgliederung der kommunalen Kitas und ggf. auch der Horte aus dem Amt für Jugend  
618 und Familie in einen neu zu gründenden kommunalen Eigenbetrieb, der die bisherigen  
619 sozialen Standards für die Beschäftigten beibehält

- 620 • die Einführung einer Quote bei der KITA-Platzvergabe für Kinder aus benachteiligten
- 621 Haushalten, auch bei freien Trägern
- 622 • eine Erhöhung des pädagogischen Personals und der Erhöhung der Sachkosten je Kind bei
- 623 kommunalen KITAs, die einer besonderen Belastungen unterliegen
- 624 • die bessere Förderung aller anspruchsberechtigten Kinder durch eine entgeltfreie, gesunde
- 625 Ganztagsverpflegung (einschließlich Frühstück und Vesper)
- 626 • den Abbau des Investitionsstaus in den Einrichtungen vorrangig durch Sanierung bzw.
- 627 Ersatz- und Neubau
- 628 • die Steigerung des Anteils der KITAs in kommunaler Trägerschaft auf ein Drittel (bis 2030)
- 629 sowie einen Anteil von 50 Prozent am weiteren KITA-Neubau durch die Kommune, der
- 630 Eigenbetriebe und Beteiligungsunternehmen sowie die kommunale Übernahme von KITAs
- 631 bei Rückgabe durch freie Träger
- 632 • die Ausweitung von Bemühungen, geflüchtete Kinder durch niedrigschwellige
- 633 Einstiegsangebote und Sensibilisierung der Eltern stärker in die Kitabetreuung zu
- 634 integrieren, indem wir Angebote in Schwerpunkteinrichtungen schaffen, die das
- 635 pädagogische Personal entlasten
- 636 • einen deutlich verbesserten Schutz vor Kindwohlgefährdung u.a. durch eine Aufstockung
- 637 des entsprechenden Personals im verantwortlichen Landesjugendamt (Verfünffachung der
- 638 bisherigen zwei Stellen)
- 639 • die Verbesserung der Rahmenbedingungen für qualitativ höhere Sprachförderung und
- 640 frühkindliche Erziehung durch kleinere Gruppen, einen deutlich verbesserten
- 641 Betreuungsschlüssel und die Anrechnung von Vor- und Nachbereitungszeiten für alle
- 642 Erzieherinnen und Erzieher
- 643 • die Erhöhung des Personalschlüssels durch nicht pädagogisches Personal und Sachkosten,
- 644 damit beispielsweise Sozialarbeit, Ergotherapie oder Angebote beim Erlernen der deutschen
- 645 Sprache sowie eine verstärkte Elternarbeit ermöglicht werden
- 646 • den Erhalt kommunaler und freier KITAs und des Personals auch bei einer geringeren
- 647 Auslastung, um damit den Betreuungsschlüssel zu erhöhen
- 648 • den weiteren Ausbau von Kindertagesstätten zu Kinder- und Familienzentren (KiFaZ), um
- 649 durch eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung ein Hauptaugenmerk auf
- 650 Familienbildung sowie Arbeit im Sozialraum und Integration legen zu können
- 651 • die Schaffung weiterer inklusiver und heilpädagogischer Kindertageseinrichtungen im Sinne
- 652 der UN-Behindertenrechtskonvention für eine inklusive KITA 2030
- 653 • eine Begrenzung der Schließzeit aller KITAs auf die im Stadtrat beschlossene Anzahl (inkl.
- 654 pädagogische Tage und Brückentage) pro Jahr
- 655 • eine bedarfsgerechte, berufsbegleitende und attraktivere Ausbildung der Erzieher\*innen
- 656 durch Bundes-, Landes- und kommunale Förderprogramme.

### 657 **3.2. Eine gute Schule für alle**

658 Gute Schule und gute Bildung müssen dafür Sorge tragen, dass alle Kinder und Jugendlichen  
 659 gleichberechtigte Bildungschancen erhalten. Der sich stetig verschärfende Lehrer\*innenmangel, die  
 660 Streichung von Förderstunden, unzureichende Barrierefreiheit und die fehlende Durchlässigkeit  
 661 unseres Bildungssystems produzieren jedoch tagtäglich neue (Bildungs-)Ungerechtigkeiten.  
 662 Zugleich bilden sich auch soziale Verwerfungen aufgrund der andauernden Krisenerscheinungen  
 663 und der fehlgeleiteten Bundes- und Landespolitik in unseren Schulen ab. Unsere Stadt steht vor  
 664 diesem Hintergrund und trotz Geburtenrückgang vor erheblichen Aufgaben wie Schulsanierungen,

665 modernen Schulbauten, Schulsporthallen und der Entwicklung der Freiflächen von Schulen.

666 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 667 • nachhaltige Schulbauten, die die Nachnutzung von bestehenden Gebäuden vorsieht die
- 668 Einrichtung von mehr Gemeinschaftsschulen
- 669 • die Stärkung der Mitgestaltungskultur und Förderung der Arbeit von Schülerräten,
- 670 Elternräten und dem Jugendparlament
- 671 • den Ausbau des kommunalen Bildungsangebotes des Rathauses für Schulen, um
- 672 Kommunalpolitik erlebbar zu machen
- 673 • eine bessere Ausstattung der Schulen mit mobilen Endgeräten
- 674 • die Förderung kommunaler multiprofessioneller Teams, bestehend aus Lehrkräften,
- 675 Schulsozialarbeiter\*innen und Schulpsycholog\*innen sowie Gesundheitsfachkräften
- 676 • die bedarfsdeckende Ausstattung mit Schulsozialarbeit an allen Leipziger Schulen, auch den
- 677 Gymnasien
- 678 • eine bessere Ausstattung mit Schulsachbearbeiter\*innen und Hausmeister\*innen
- 679 • die Sicherung der maximalen Klassenstärken bis zu 24 Schüler\*innen
- 680 • die Schaffung von Förderräumen für die Umsetzung des festgestellten
- 681 sonderpädagogischen Förderbedarfes einzelner Lernenden
- 682 • den Erhalt und Ausbau von Schulbibliotheken und Lernwerkstätten sowie die
- 683 Gewährleistung ihrer personellen Ausstattung
- 684 • die Erhöhung der Schulbudgets zur Sicherung einer hochwertigen Bildung unter
- 685 Gewährleistung der vollständigen Lehr- und Lernmittelfreiheit
- 686 • die Unterstützung von pädagogischen Konzepten, die Kooperationen von Grundschulen,
- 687 Horten und weiterführenden Schulen stärken
- 688 • die Sicherung und Stärkung von außerschulischen Lernorten innerhalb der Stadt Leipzig, die
- 689 insbesondere auch die Umsetzung von Nachhaltigkeitsprojekten und Projekten der
- 690 Erinnerungskultur ermöglichen.

### 691 **3.3. In Leipzig studieren und forschen**

692 Als Hochschul- und Forschungsstandort verfügt Leipzig über jahrhundertealte Traditionen. Die  
 693 entsprechenden Einrichtungen konzentrieren sich in vier Wissenschaftsräumen (Mitte, Nordost,  
 694 Süd, Südost) und bilden einen zentralen Faktor der Stadtentwicklung. Darüber hinaus prägen  
 695 Wissenschaft und Forschung maßgeblich die offene geistige Atmosphäre und die wachsende  
 696 Internationalität unserer Stadt mit. Das Profil Leipzigs als Stadt der Wissenschaften ist weiter zu  
 697 stärken. Dazu gehört neben einer klugen kommunalen Raumpolitik die Verbesserung der  
 698 Rahmenbedingungen für Studierenden und Lehrende.

699 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 700 • die Vertiefung der institutionellen Zusammenarbeit zwischen der Stadt und den
- 701 Akteur\*innen der Wissenschaftslandschaft unter besonderer Berücksichtigung der
- 702 Universität Leipzig und deren Forschungsprofil
- 703 • ein intensiveres Marketing in und außerhalb Deutschlands für den Hochschulstandort
- 704 Leipzig über das Leipzig Science Network
- 705 • die bessere Vernetzung der ausländischen Alumni der Universität Leipzig mit der

- 706 kommunalen Wirtschaftsförderung unter Einbeziehung der Leipzig Tourismus und Marketing  
707 GmbH (LTM)
- 708 • mehr gemeinsame wissenschaftliche Projekte zwischen Verwaltung und städtischen  
709 Unternehmen mit Universität und Hochschulen, z.B. durch die bessere Einbeziehung der  
710 urbanen Datenplattform
  - 711 • die Öffnung der Hochschulen als ergänzende Bildungseinrichtungen für alle Menschen in  
712 Leipzig (z. B. Stärkung von Seniorenkolleg und Kinderuni)
  - 713 • die Schaffung einer barrierefreien Hochschullandschaft, einschließlich erleichterter Zugänge  
714 für Jugendliche aus bildungsfernen Haushalten über Mentoringprogramme und bessere  
715 Beratungs- und Unterstützungsangebote, nicht zuletzt auch, um die Anzahl der  
716 Studienabbrüche zu mindern
  - 717 • den Erhalt und Ausbau von preiswertem Wohnraum auch in zentrumsnahen Stadtteilen,  
718 insbesondere der Studentenwohnheime
  - 719 • eine studierendengerechte Mobilität durch mehr Radwege zu den Hochschulstandorten und  
720 flexible Anpassung des ÖPNV zu den Stoßzeiten im Hochschulbereich sowie eine weiterhin  
721 günstige Kostenstruktur für Studierendentickets (bezahlbares, durchfinanziertes,  
722 deutschlandweites Semesterticket)
  - 723 • ein Verbot von militärischer Forschung und die Umsetzung der Zivilklausel an der Universität  
724 Leipzig und der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK)
  - 725 • Stärkung der medizinischen Forschung und der medizinischen Studiengänge durch  
726 verstärkte Zusammenarbeit mit kommunalen medizinischen Einrichtungen wie dem  
727 Städtischen Klinikum St. Georg.

## 728 **4. Für ein Recht auf Stadt und bezahlbares Wohnen für alle**

729 Wohnen ist ein Grundrecht und ein essentieller Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Wohnen  
730 bleibt die soziale Frage unserer Zeit. Die Mieten in den Ballungszentren sind in den vergangenen  
731 Jahren regelrecht explodiert. Mit der Miete werden kräftig Profite gescheffelt. Während  
732 Wohnungskonzerne und Investoren immer größere Marktanteile haben, ist der soziale  
733 Wohnungsbau auf einem historischen Tiefststand. In Leipzig leben 84 % der Menschen zur Miete.  
734 Für sie werden die seit Jahren steigenden Wohnkosten zunehmend zum Problem. Zudem ist die  
735 Wohnraumversorgung von Menschen mit geringen, aber zunehmend auch mittlerem Einkommen  
736 gefährdet.

737 Die LINKE will eine wirksame Regulierung der Mieten, die für viele Menschen Entlastung bringen  
738 würden, zum Beispiel in Form eines Mietenstopps und durch die Wiedereinführung der  
739 Wohnungsgemeinnützigkeit. Der versprochene Neustart im Sozialen Wohnungsbau und die  
740 Stärkung der Rechte für Mieter\*innen werden von der Bundes- und Landesregierung auf die lange  
741 Bank geschoben. Die Leidtragenden sind die Mieter\*innen. Trotz der Untätigkeit von Bund und Land  
742 bleiben der Stadt einige Instrumente, die einen Beitrag zur sozialen Wohnraumversorgung und zur  
743 Mietenregulierung leisten können. DIE LINKE setzt sich weiterhin dafür ein, alle zur Verfügung  
744 stehenden Mittel zu nutzen, um Mieter\*innen kurz- und langfristig zu entlasten und den öffentlichen  
745 und gemeinwohlorientierten Wohnungssektor zu stärken.

### 746 **4. 1. Bezahlbares Wohnen für alle**

747 Die Mietbelastung in Leipzig steigt. Besonders Alleinerziehende, Studierende und alleinstehende

748 Rentner\*innen müssen weit mehr als 30 % ihres monatlichen Einkommens für die Miete ausgeben.  
 749 Das darf nicht sein. Die Preise für Bauland haben sich in den letzten zehn Jahren fast verfünffacht,  
 750 die Angebotskaltmieten sind im selben Zeitraum um 53 % gestiegen. Darunter leiden insbesondere  
 751 Menschen im Sozialleistungsbezug, mit Erwerbseinkommen im Niedriglohnbereich aber zunehmend  
 752 auch Haushalte mit mittleren Einkommen. Trotz steigendem Lohnniveau liegt das durchschnittlichen  
 753 Haushaltsnettoeinkommen in Leipzig mit 2.100 € deutlich unter dem bundesdeutschen Median von  
 754 3.880 €. Wohnungssuchende aus unterschiedlichen Einkommensgruppen konkurrieren  
 755 gleichermaßen um den knappen bezahlbaren Wohnraum.  
 756 Die Folgen der verfehlten Wohnungspolitik auf Bundes- und Landesebene müssen somit die  
 757 Leipziger\*innen ausbaden. Dem treten wir entschieden entgegen. Wir wollen die Mittel konsequent  
 758 nutzen, die der Stadt zur Verfügung stehen, um die Mieterhöhungsspirale und Verdrängung zu  
 759 stoppen und die soziale Wohnraumversorgung zu gewährleisten.

760 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 761 • die Schaffung bezahlbaren Wohnraums, priorisiert vor staatlichen Zuschüssen für  
 762 Menschen, die ihre Miete nicht aus eigener Kraft bezahlen können - nur so kann der  
 763 Mietenanstieg wirksam eingedämmt werden (Priorität auf Objekt- vor Subjektförderung)
- 764 • stärkere Bemühungen beim sozialen Wohnungsbau: es braucht wesentlich mehr  
 765 Fördermittel vom Land und flexiblere Förderbedingungen sowie dauerhafte Mietpreis- und  
 766 Belegungsbindungen, damit eine Sozialwohnung dauerhaft eine Sozialwohnung bleibt
- 767 • Die Stadtverwaltung finanziell und strukturell in die Lage zu versetzen, Belegungsrechte für  
 768 Wohnungen anzukaufen, dafür muss die Landesförderrichtlinie „gebundener Wohnraum“  
 769 verändert werden
- 770 • die Mietpreisbremse, mit der die Neuvermietungsrenten von Bestandswohnungen bei 10 %  
 771 über der ortsüblichen Vergleichsmiete gedeckelt werden, auf Bundesebene zu verschärfen,  
 772 Ausnahmeregelungen bei Modernisierung und Neubau müssen abgeschafft und ein  
 773 wirksames Sanktionsregime eingeführt werden
- 774 • eine grundsätzliche Reform des Mietspiegels hin zu einem Mietenkataster, in dem alle  
 775 Mieten erfasst werden und in differenzierter Form die ortsübliche Vergleichsmiete bilden,
- 776 • für ein Umwandlungsverbot für Miet- in Eigentumswohnungen und einen auf zehn Jahre  
 777 verlängerten Kündigungsschutz für Mieter\*innen, deren Wohnungen in  
 778 Eigentumswohnungen umgewandelt werden
- 779 • ein Zweckentfremdungsverbot für die Umnutzung von Wohnraum in Ferienwohnungen,  
 780 Boardinghouses oder Gewerbe sowie spekulativen Leerstand
- 781 • die verstärkte Anwendung von Modernisierungs- und Instandhaltungsgeboten, um den  
 782 Leerstand von nutzbarem Wohnraum zu unterbinden,
- 783 • den Ausbau von kostenfreien und kommunal finanzierten Mietberatungen im ganzen  
 784 Stadtgebiet,
- 785 • die Übernahme der Kosten für die Mitgliedschaft im Mieterverein durch die Stadt, und die  
 786 damit verbundene kostenfreie Rechtsberatung auch für Leipzig-Pass-Empfänger\*innen,
- 787 • die jährliche Anpassung der Kosten der Unterkunft an die reelle Entwicklung der  
 788 Wohnkosten (u.a. Miete, Heiz- und Stromkosten),
- 789 • die Erweiterung der Milieuschutzgebiete/sozialen Erhaltungssatzungen, die vor  
 790 Luxussanierungen und Grundrissänderungen von Bestandswohnungen schützen sowie die  
 791 Wiederherstellung des kommunalen Vorkaufsrechts in diesen Gebieten durch die  
 792 Bundesgesetzgebung,
- 793 • die Ablösung des Leipziger Bündnisses für bezahlbares Wohnen durch einen Runden Tisch,

- 794 der stärker die Interessen von Mieter\*innen und gemeinwohlorientierten Wohnungsakteuren  
 795 repräsentiert als den Dialog mit profitorientierten Investor\*innen in den Mittelpunkt stellt,  
 796 • die Erweiterung der Wohnungstausch-Möglichkeiten unter Beibehaltung der Bestandsmiete  
 797 auch bei Genossenschaften und den privaten Wohnungsanbietern in Leipzig,

## 798 4. 2. Wohnungslosigkeit beenden

799 Die Zahl der Obdach- und Wohnungslosen in Leipzig nimmt seit Jahren kontinuierlich zu.  
 800 Gleichzeitig verringert sich durch Bebauung und Aufwertung die Zahl der möglichen Rückzugsorte.  
 801 Eine stabile und sichere Unterkunft ist in unseren Augen die zentrale Ausgangsbasis zur Lösung  
 802 aller weiteren Probleme. Oberstes Ziel muss sein, dass niemand seine oder ihre Wohnung verliert.  
 803 Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass in Leipzig „Housing first“ gestartet wurde.  
 804 Wohnungslose bekommen im Rahmen des 2021 gestarteten Modellprojektes eine eigene Wohnung  
 805 mit Mietvertrag und soziale Unterstützung zur Seite gestellt. Neben der Anmietung von Wohnraum  
 806 bedarf es aber auch ausreichender Unterstützungsangebote für Wohnungs- und Obdachlose.

807 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 808 • für den Ankauf kommunaler Belegungsbindungen für Wohnraum und die Unterstützung
- 809 gemeinnütziger Träger beim Anmieten von Wohnungen,
- 810 • die Etablierung des kommunalen „Housing First“-Projektes „Eigene Wohnung“ als festen
- 811 Bestandteil in die Angebote der Leipziger Wohnungsnothilfe und dessen kontinuierliche
- 812 Erweiterung um neue Wohnungen,
- 813 • ein Verbot von Zwangsräumungen auf Bundesebene, niemand darf seine/ihre Wohnung
- 814 aufgrund sozialer Notlagen verlieren,
- 815 • die Weiterentwicklung von Präventionsmaßnahmen vor Wohnungsverlust, u.a. durch
- 816 Darlehen zur Übernahme von Mietschulden, Übernahme der Miete z. B. bei Aufenthalt in
- 817 medizinischen Einrichtungen und durch alternative Wohnangebote und Umzugshilfen,
- 818 • die Verbesserung der Situation in den Übernachtungshäusern für Wohnungslose, z.B. durch
- 819 Entgeltfreiheit und eine bessere Personalausstattung, die auf die stärkere
- 820 sozialpädagogische Arbeit und Stabilisierung der Nutzer\*innen orientiert,
- 821 • spezifische Übernachtungsangebote für Paare, Menschen mit Haustieren, verschiedene
- 822 Altersgruppen, LSBTIQ\* und beeinträchtigte und erkrankte Menschen
- 823 • die perspektivische Verkleinerung der Notunterkünfte und Umwandlung in
- 824 Übernachtungsstellen, in denen die Privatsphäre stärker respektiert werden kann
- 825 • die Absicherung und weitere bedarfsgerechte Ausstattung des Projektes Hilfebus und der
- 826 Streetworkangebote für Wohnungslose
- 827 • die Unterstützung selbstorganisierter Projekte betroffener Menschen und die
- 828 zielgruppengerechte Einbeziehung der Betroffenen in die Weiterentwicklung der Angebote
- 829 der Wohnungsnotfallhilfe,
- 830 • das Verbot „defensiver“ Architektur (z. B. Bänke oder Nischen, auf denen man nicht liegen
- 831 oder verweilen kann) in öffentlichen aber auch halböffentlichen Räumen
- 832 • Einführung einer Wohnungsnotfallstatistik analog zur Berliner „Nacht der Solidarität“.

## 833 4.3. LWB und Genossenschaften stärken

834 In Leipzig haben wir mit der LWB ein starkes Wohnungsunternehmen, das zu 100 Prozent in  
 835 städtischem Eigentum befindet und derzeit mehr als 36 400 Wohneinheiten umfasst. Sie trägt  
 836 Verantwortung für die Schaffung und den Erhalt bezahlbaren Wohnraums. Da die LWB dem direkten  
 837 Einfluss der Kommune unterliegt, hat sie eine wesentliche Bedeutung für die lokale Gestaltung einer  
 838 gemeinwohlorientierten Wohnungspolitik. Des Weiteren stellen Wohnungsgenossenschaften mit  
 839 fast 50.000 Wohnungen einen Anteil von 14 Prozent am Gesamtwohnungsbestand. Seit fast 150  
 840 Jahren leisten sie einen erheblichen Beitrag zur sozialen Wohnraumversorgung in Leipzig und  
 841 werden von uns aus diesem Grund unterstützt. LWB und Genossenschaften gewährleisten vielerorts  
 842 leistbare Mieten und Schutz vor Eigenbedarfskündigungen. Diverse Beratungs- sowie  
 843 Nachbarschaftsangebote für Bewohner\*innen heben sie von der rein funktionalen Bewirtschaftung  
 844 von Wohnraum ab.

845 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 846 • die Bereitstellung städtischer Grundstücke für den kommunalen oder genossenschaftlichen  
 847 Wohnungsneubau
- 848 • einen festen Anteil für gemeinwohlorientierte Wohnungen bei größeren Neubauprojekten
- 849 • den Ausbau der Förderung der Sanierung der Wohnungsbestände sowie zur ökologisch- und  
 850 sozialgerechten Verbesserung des Umfeldes
- 851 • die Stärkung der LWB als nicht-profitorientiertes Wohnungsunternehmen und die  
 852 Verpflichtung Gewinne weiterhin in Bestand und Neubau zu investieren
- 853 • die gleichmäßige Ausweitung der LWB-Wohnungsbestände im Stadtgebiet sowie eine  
 854 gleichmäßige Verteilung von KdU-fähigen- und Sozialwohnungen über die Stadtteile
- 855 • das Beibehalten einfacher Ausstattungs- und Baustandards, um schnell und günstig bauen  
 856 zu können
- 857 • den Wohnungsumbau und Neubau stärker an nachgefragten Wohnungsgrößen  
 858 (insbesondere Ein- und Vier-Raumwohnungen und größer) zu orientieren
- 859 • die Senkung der Nebenkosten durch klimafreundliche Sanierungsmaßnahmen
- 860 • für mehr Transparenz und Mitbestimmung der Mieter\*innen bei Umgestaltung, Sanierung  
 861 und Wohnumfeldgestaltung und anderen Vorhaben
- 862 • ein Pilotprojekt Sozialplanung nach § 180 BauGB bei einem Sanierungsprojekt der LWB, um  
 863 nachteilige Auswirkungen der Sanierung auf die dort wohnenden und arbeitenden Menschen  
 864 zu verhindern oder abzumildern
- 865 • einen Stopp der Mietpreiserhöhungen für mindestens zwei Jahre bei der LWB
- 866 • die Ermöglichung selbstbestimmten Lebens im eigenen Wohnraum und den Ausbau  
 867 senior\*innenfreundlicher Wohnungsangebote und Stärkung des Sozialmanagements
- 868 • den Ausbau der Mitbestimmung für Mieter\*innen, durch zusätzliche Mieter\*innenräten auf  
 869 Stadtbezirksebene sowie die Delegierung eines Mieter\*innenvertreters in den Aufsichtsrat  
 870 der LWB
- 871 • die weitere Übernahme von sozialer Verantwortung durch die LWB, verbunden mit der  
 872 Entwicklung einer Strategie für die Unterbringung Geflüchteter, Wohnungsloser und anderer  
 873 bedürftiger Bevölkerungsgruppen
- 874 • ein wirksames Instrument zur Förderung genossenschaftlicher Neugründungen.

#### 875 **4. 4. Grundstücke in öffentliche Hand**

876 Ein zentraler Grund für die gestiegenen Mieten in Leipzig ist die Explosion der Bodenpreise. Ein

877 Quadratmeter Baufläche kostete im Jahr 2011 104 Euro und hat sich bis heute nahezu verfünffacht.  
 878 Boden ist im Gegensatz zu anderen Gütern nicht vermehrbar und muss deswegen umso stärker vor  
 879 Spekulationen geschützt werden. Die kommunalen Handlungsmöglichkeiten dagegen sind begrenzt  
 880 - wir wollen die vorhandenen Möglichkeiten dennoch stärker als bisher ausnutzen.

881 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 882 • eine aktive Bodenbevorratungspolitik (wie z.B. in Ulm oder München)
- 883 • die intensive Anwendung des kommunalen Vorkaufsrechts auch zugunsten  
 884 gemeinwohlorientierter Dritter
- 885 • die Einrichtung eines kommunalen Bodenfonds, mit dem der Ankauf von Grundstücken  
 886 durch die Kommune ermöglicht wird
- 887 • die Weiterführung des Privatisierungsstopps kommunaler Grundstücke
- 888 • die Vergabe kommunaler Grundstücke in Erbbaurecht durch Konzeptvergabe
- 889 • die konsequente Anwendung des Baugebots, um Eigentümer\*innen von Grundstücken zur  
 890 Bebauung zu verpflichten
- 891 • die Erhöhung der Mindestquoten für sozialen Wohnungsbau auf 50 Prozent auf Flächen mit  
 892 Bebauungsplan
- 893 • die Nachverdichtung zwischen Kernstadt und angrenzenden Ortslagen.

#### 894 **4.5. Für eine zeitgemäße Baukultur**

895 Renditeerwartungen führen dazu, dass der Bedarf nach bezahlbaren Wohnungen nicht abgedeckt  
 896 wird. Die kapitalistische Marktlogik hat auch zu einer fundamentalen Krise des  
 897 Geschosswohnungsbaus in Leipzig geführt. Aktuell bewirken Inflation, Zinserhöhung eine weitere  
 898 Steigerung der Baupreise. Neue Wohnungen entstehen deswegen v.a. im hochpreisigen Segment.  
 899 Es bedarf eines bezahlbaren Wohnungsneubaus, getragen von gemeinnützigen Strukturen,  
 900 unterstützt von einer leistungsfähigeren Verwaltung.

901 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 902 • die vermehrte Erarbeitung von Bebauungsplänen, die bezahlbaren Geschosswohnungsbau  
 903 ausweisen und die Begrenzung der Ausweisung von Gebieten nach § 34 BauGB
- 904 • ein neues Eigenheimmatorium, indem die Ausweisung klassischer  
 905 Einfamilienhaussiedlungen in Leipzig beendet wird, denn Bauland muss effektiver genutzt  
 906 werden, um mehr Menschen Wohnraum bereitzustellen
- 907 • eine personelle und strukturelle Stärkung und Digitalisierung der Bauordnungsbehörden,  
 908 damit mehr Bauleitverfahren und kooperative Planungsprozesse realisiert werden können
- 909 • klare Vorgaben für Bauträger bspw. zu Wohnungsgrößen und transferleistungstauglichen  
 910 Grundrissen
- 911 • der Verzicht auf Ausweisung von KfZ-Stellplätzen bei Neubauprojekten in innerstädtischen  
 912 Nachverdichtungsgebieten, stattdessen eine Vergrößerung des Berechnungsschlüssels für  
 913 Fahrrad- und Lastenradstellplätze, um den Bau teurer Tiefgaragen einzudämmen und  
 914 Grünflächen zu schützen
- 915 • eine wachsende Gebäudehöhe (GFZ hoch, GRZ runter), um der Versiegelung von Bauland in  
 916 der Grundfläche entgegen zu wirken und Grün- und Freiflächen so zu schützen
- 917 • eine innerstädtische Nachverdichtung durch den Ausbau von Dachgeschossen

- 918 • den Erhalt und ressourcensparende Umnutzung, auch von nicht denkmalgeschützten
- 919 Bestandsgebäuden, um Abriss von Wohn- und sozialer Infrastruktur zu verhindern
- 920 • den stärkeren Einsatz von Holz- und Holzmodulbauweisen für den Sozialwohnungsbau, und
- 921 die Stärkung von Handwerks- und Planungsfirmen sowie Bauträger\*innen mit dieser
- 922 Expertise
- 923 • die bessere Vereinbarung von Denkmal- und Klimaschutz: Für eine umweltschonende
- 924 Gestaltung im Neubau (z. B. Fassaden und Dachformen).

#### 925 **4.6. Alternativen für faires Wohnen fördern**

926 Viele Mieter\*innen werden mit willkürliche Erhöhungen der Wohnkosten, Kündigungen und  
 927 Entmietungen konfrontiert und fürchten Stress und Auseinandersetzungen, wenn sie sich dagegen  
 928 wehren. Sowohl institutionalisierte Träger wie der Mieterverein, aber auch zahlreiche kleine  
 929 ehrenamtliche Initiativen stehen Mieter\*innen und Hausgemeinschaften in solchen Situationen zur  
 930 Seite. Wir unterstützen dieses solidarische Engagement, viele unserer Mitglieder sind selbst Teil von  
 931 Mieter\*inneninitiativen.

932 Einen Gegenentwurf zur marktförmigen und profitorientierten Wohnraumversorgung bieten  
 933 vielfältige Vereine, das Mietshäusersyndikat sowie kleine Genossenschaften. Das unterstützen wir  
 934 weiterhin tatkräftig. Zudem stehen wir für die Förderung alternative Lebensentwürfe, wie von  
 935 Wagenplätzen oder kollektiven Wohnformen, die Potenzial für ganz Leipzig haben.

936 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 937 • den Einsatz der Stadt für eine Landesförderrichtlinie für gemeinwohlorientierte
- 938 Baugemeinschaften/Genossenschaften für Neubau und Sanierung, die den Anspruch auf
- 939 dauerhaft bezahlbare Mieten berücksichtigt
- 940 • selbstorganisierte, ehrenamtliche und gemeinnützige Beratungsangebote für Hausprojekte,
- 941 um Mieter\*innen zu stärken und sichtbar zu machen
- 942 • die Sicherung und bedarfsgerechte Ausstattung des Netzwerk Leipziger Freiheit, das
- 943 Wohnprojektinitiativen rund ums kooperative Bauen und Wohnen berät
- 944 • selbstorganisierte Hausprojekte z.B. des Mietshäusersyndikats und kleinerer
- 945 Genossenschaften weiterhin sowohl ideell als auch finanziell zu fördern und zu stärken,
- 946 • jährlich 5 Millionen Euro im städtischen Haushalt zur Weiterführung von Konzeptvergabe-
- 947 Projekten mit gemeinwohlorientierter Ausrichtung
- 948 • die Sicherung der bestehenden Wagenplätze als Wohn- und Kulturorte sowie Stätten der
- 949 Nachbarschaftsarbeit und die Möglichkeit der Begründung neuer Plätze
- 950 • die Entwicklung von Instrumenten um bestehende nichtkommerzielle Ladenprojekte zu
- 951 schützen und den exzessiven Umbau von Ladenflächen in Wohnraum zu verhindern.

#### 952 **5. Für eine Mobilität, die uns allen nutzt**

953 Mobilität ist Daseinsvorsorge. Mobilität bedeutet Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Unser  
 954 LINKES Ziel ist es allen die Möglichkeit zu geben mit wenig Aufwand an Zeit, Geld und Energie die  
 955 Orte des Lebens (Arbeit, Schule, Freizeit, Einkauf usw.) gut zu erreichen. In den letzten Jahren  
 956 wurde in Leipzig einiges für den Ausbau von Radwegen getan. Leider ist die Sanierung von  
 957 Fußwegen nicht vorangekommen. Auch auf die erste Straßenbahn-Neubaustrecke seit den 90er

958 Jahren warten wir weiterhin vergebens. Noch immer gibt es daher einen hohen Anteil an  
 959 Autoverkehr. Um unser Ziel von sauberer Luft und leiseren Straßen zu erreichen, setzen wir auf die  
 960 Stärkung des Umweltverbundes aus Fußverkehr, Fahrrad, Bus und Bahn. Das bedeutet vor allem  
 961 stetiger Kampf um eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs, Ausbau  
 962 von Fahrradwegen und endlich eine Verbesserung der Fußwege. Hierzu brauchen wir eine echte  
 963 soziale Verkehrswende - nicht nur, um die Klimaziele zu erreichen, sondern auch um den  
 964 öffentlichen Raum wieder den Menschen zurückzugeben.  
 965 Die Straße muss mehr sein, als ein Raum für parkende Autos. Spielende Kinder, Bänke zum  
 966 Ausruhen, Bäume als Schattenspender erhöhen die Lebensqualität in unserer Stadt. Für die  
 967 Umsetzung dieser Ziele bedarf es einer transparenten Kommunikation mit den Leipzigerinnen und  
 968 Leipzigern. DIE LINKE setzt hier auf Bürgerbeteiligungsverfahren und rechtzeitige  
 969 Bürgerinformation. Ebenso muss diese Verkehrswende für uns LINKE sozial und inklusiv sein. Ein  
 970 teuer subventionierter SUV mit Elektroantrieb ist kein Beitrag zur Mobilitätswende, sondern ein  
 971 Geschenk für Industrie und Oberschicht. Wir streiten für Angebote und Alternativen, welche für  
 972 jeden Geldbeutel erschwinglich sind. Klimaschutz und soziale Teilhabe müssen sich hierbei  
 973 gegenseitig bedingen.

## 974 **5.1. Öffentlichen Personennahverkehr stärken**

975 Busse und Bahnen sind für DIE LINKE das Rückgrat des Umweltverbundes. In einer Großstadt wie  
 976 Leipzig gibt es dazu keine Alternative, wenn wir eine Mobilität wollen, die Teilhabe für alle  
 977 ermöglicht und trotzdem die Lebensqualität und Umwelt stärkt. Dazu brauchen wir vor allem ein  
 978 leistungsfähiges, solide finanziertes Nahverkehrsunternehmen in kommunaler Hand, welches in  
 979 Netz, Fahrpreis und Fahrzeugen attraktiv unterwegs ist. Der von uns beantragte Stopp der  
 980 Preiserhöhungen für die ÖPNV-Tickets ist in dieser Wahlperiode ausgelaufen. Seit dem Jahr 2021  
 981 gibt es wieder jährliche Erhöhungen der Fahrpreise, welche sich jedes Jahr steigern. Damit sich dies  
 982 nicht fortsetzt, benötigen wir endlich ein Umdenken bei Bund und Land, aber auch die Stadt muss  
 983 zusätzliches Geld, über die Querfinanzierung durch die Leipziger Gruppe hinaus, bereitstellen. Neue  
 984 Wege der Finanzierung müssen nach jahrelangen Diskussionen und Untersuchungen endlich in  
 985 Angriff genommen werden. Wir finden uns nicht damit ab, dass für eine Einzelfahrt in Leipzig  
 986 mittlerweile über 3 Euro kostet. Eine solche Preispolitik ist höchst unsozial.

987 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 988 • ein solidarisch finanziertes Bürger\*innenticket und die entsprechende Gesetzesänderung
- 989 auf Landesebene
- 990 • im ersten Schritt für eine entgeltfreie ÖPNV-Nutzung für alle Schüler\*innen, Azubis und
- 991 Rentner\*innen
- 992 • ein vergünstigtes Deutschlandticket für Menschen mit geringem Einkommen bzw.
- 993 Empfänger\*innen von Sozialleistungen sowie Schüler\*innen und Student\*innen
- 994 • die Stabilität der Fahrkartenpreise, besonders der LeipzigPass-Mobilcard
- 995 • eine bessere ÖPNV-Anbindung der Ortsteile, neuer Wohngebiete und touristischer Ziele, z.B.
- 996 durch Reaktivierung der Linie 9 nach Markkleeberg mit direkter Linienführung zum
- 997 Cospudener See
- 998 • eine zügige Planung der Neubaustrecken, vor allem Süd-Sehne, Wahren und Erweiterung
- 999 Thekla
- 1000 • den Ausbau des Busnetzes für eine bessere Verbindung von Wohnquartieren (z.B. für Anger-

- 1001 Crottendorf rund um die Gregor-Fuchs-Straße)
- 1002 • die Beseitigung von Langsamfahrstrecken und damit Lärmreduzierung
- 1003 • eine dichtere Taktung von Straßenbahnen und Bussen
- 1004 • die Stärkung der S-Bahn und mehr Haltestellen in den angrenzenden Ortschaften
- 1005 • die Sicherung stabiler, solider Finanzierungsgrundlagen für den ÖPNV, insbesondere für
- 1006 einen auskömmlichen Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag
- 1007 • autofreie Sonntage im Stadtgebiet und gleichzeitige kostenlose Nutzung des ÖPNV
- 1008 • die Erstattung von Bahn- und Bustickets durch den Einzelhandel, anstelle von Rabatten auf
- 1009 Parkgebühren
- 1010 • eine Verbesserung der Situation an Haltestellen durch mehr Sitzmöglichkeiten und
- 1011 Mülleimer
- 1012 • das Engagement der Stadt Leipzig für eine stärkere finanzielle Unterstützung des Freistaats
- 1013 Sachsen und des Bundes zur Finanzierung des ÖPNV
- 1014 • einen von der LVB unabhängigen Fahrgastbeirat.
- 1015

## 1016 **5.2. Fußverkehr fördern**

1017 Die meisten Menschen sind täglich zu Fuß unterwegs - für ihre täglichen Wege oder auch nur bis

1018 zum nächsten Verkehrsmittel. Ohne Fußverkehr geht somit nichts in unserer Stadt. Insbesondere

1019 der öffentliche Nahverkehr ist ohne Fußverkehr nicht denkbar. Fußverkehr schließt natürlich

1020 Hilfsmittel wie Rollatoren und Rollstühle mit ein. Zufußgehen ist umweltfreundlich und gesund,

1021 doch Fußgänger\*innen haben immer noch mit vielen Hindernissen zu kämpfen. Als schwächste

1022 Verkehrsteilnehmer\*innen sind sie strukturell benachteiligt und ihre Bedürfnisse werden in der

1023 Planung zu oft zu Gunsten des Autoverkehrs vernachlässigt oder schlichtweg übersehen. Die

1024 Probleme reichen vom Platzmangel über zu kurze Grün-schaltungen bis zu unterbrochenen Wegen.

1025 Der Fußverkehr muss sicherer und attraktiver werden, damit mehr Leipzigerinnen und Leipziger

1026 gern zu Fuß unterwegs sind und ganz nebenbei Lärm- und Schadstoffe vermeiden. Eine gute

1027 Infrastruktur für Fußgänger\*innen ist daher ein wichtiger Beitrag zur Mobilitätswende und macht

1028 unsere Stadt freundlicher, da durch Fußverkehr der öffentliche Raum belebt und das subjektive

1029 Sicherheitsbefinden gesteigert wird.

1030 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1031 • eine gerechte Raumverteilung in der Verkehrsplanung
- 1032 • 100 neue Zebrastreifen für Leipzig bis 2030
- 1033 • die konsequente Umsetzung des Konzeptes „Stadt der kurzen Wege“ sowie der
- 1034 kommunalen Fußverkehrsstrategie
- 1035 • eine problemlose Nutzbarkeit der Gehwege für Menschen mit Behinderungen oder
- 1036 Hilfsmitteln, u.a. durch Blindenleitsysteme und abgesenkte Bordsteine an allen relevanten
- 1037 Orten
- 1038 • die Umsetzung des Leipziger Gehwegsanierungsprogramms für eine schnelle Sanierung und
- 1039 gute Pflege unserer Gehwege
- 1040 • die Vernetzung von Fußwegen zwischen wichtigen Zielen und Einrichtungen
- 1041 • sichere Wege, die zu allen Tages- und Jahreszeiten gut genutzt werden können durch
- 1042 ausreichende Beleuchtung und einen zuverlässigen Winterdienst
- 1043 • das Eindämmen von Falschparken auf Fußwegen, z. B. durch verstärkte Kontrollen und mehr

- 1044 Personal im Ordnungsamt
- 1045 • Gehwege ohne wild abgestellte E-Scooter, unzulässigen Radverkehr oder Mülltonnen, die
- 1046 tagelang den Weg versperren
- 1047 • die konsequente Entflechtung von Fuß- und Radverkehr für ein besseres Miteinander im
- 1048 Straßenverkehr
- 1049 • die Entschärfung von Baustellensituationen für Fußgänger\*innen
- 1050 • ein besonderes Augenmerk auf sichere Schulwege, damit auch die Kleinen sicher zu Fuß
- 1051 sind (z.B. durch temporäre Schulstraßen)
- 1052 • die Schaffung von Möglichkeiten zum Verweilen auf Bänken an Fußwegen
- 1053 • die Umsetzung des Stadtplatzprogramms zur Schaffung öffentlicher Plätze mit
- 1054 entsprechend großzügigen Fußgänger\*innenbereichen
- 1055 • die Verbesserung der Straßenüberquerungsmöglichkeiten, z. B. beim Überqueren von
- 1056 großen Kreuzungen in einer Ampelphase.
- 1057 • mehr autofreie Fußgängerzonen und Straßenabschnitte nicht nur in der Innenstadt, sondern
- 1058 in jedem Stadtviertel.

### 1059 **5.3. Radverkehr ausbauen**

1060 Im Schnitt steigen jeden Tag 170.000 Leipzigerinnen und Leipziger aufs Rad. In einer kompakten

1061 Stadt wie Leipzig ist das Fahrrad ein ideales Verkehrsmittel um individuell, umweltschonend sowie

1062 gesundheitsfördernd mobil zu sein. Schon lange wird das Rad nicht nur für Wege in der Freizeit,

1063 sondern als Verkehrsmittel für alle Wege des täglichen Lebens genutzt. Daher gehört es für DIE

1064 LINKE.Leipzig zum unverzichtbaren Teil des Umweltverbundes. Noch immer wird dem Rad jedoch

1065 zu wenig Platz im Straßenverkehr eingeräumt, gerade das Hauptwegenetz weist große Lücken auf,

1066 die es zu schließen gilt. Oft sind ausgewiesene Radwege zu schmal oder enden abrupt an

1067 Kreuzungen. Radwege müssen endlich so ausgestaltet werden, dass sie attraktiv und sicher für

1068 Radfahrende in jedem Alter sind.

1069 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1070 • die Bereitstellung von mindestens 15 Prozent der Straßenbauinvestitionen für die Förderung
- 1071 des Radverkehrs
- 1072 • die Erweiterung der Radfahrspuren auf alle Hauptstraßen
- 1073 • die Ausweisung von zusätzlichen echten Fahrradstraßen, z.B. der Bernhard-Göring-Straße
- 1074 oder dem Rennbahnweg
- 1075 • die Schaffung von mehr Radverkehrsanlagen und separaten Radwegen, vor allem in den
- 1076 Ortschaften
- 1077 • eine stärkere bauliche Trennung oder Markierung von Radwegen zu stark belasteten Kfz-
- 1078 Spuren
- 1079 • die Eindämmung des Falschparkens auf Radwegen durch verstärkte Kontrolle
- 1080 • die Einführung von städtischen Fahrrad-Selbsthilfewerkstätten mit kostenlosem
- 1081 Basisservice
- 1082 • die Bereitstellung von öffentlichen Luftpumpen und Ladesäulen für (Elektro)Fahrräder, z.B.
- 1083 an allen Mobilitätsstationen der LVB
- 1084 • mehr Fahrradabstellmöglichkeiten und die Schaffung von Fahrradgaragen, besonders an S-
- 1085 Bahnhöfen um Pendlerverkehr mit dem Rad zu fördern
- 1086 • die bauliche Vermeidung von gemeinsamen Geh- und Radwegen, um die Konflikte zu

- 1087 reduzieren
- 1088 • einen zuverlässigen Winterdienst auf starkfrequentierten Radwegen
- 1089 • die zügige Planung von Radschnellwegen.

#### 1090 **5.4. Autoverkehr vermeiden**

1091 Leipzig wurde, wie andere europäische Städte, im letzten Jahrhundert nach den Bedürfnissen des  
 1092 Individualverkehrs umgestaltet. Die Folgen sind gefährliche Verkehrssituationen für schwächere  
 1093 Verkehrsteilnehmer\*innen sowie steigende Schadstoff- und Lärmbelastung. Die gesundheitlichen  
 1094 Negativfolgen treffen diejenigen, die aufgrund von weniger Einkommen überproportional häufig an  
 1095 lauten und dreckigen Hauptstraßen wohnen. Mit dem anhaltenden Bevölkerungswachstum von  
 1096 Leipzig darf die Anzahl der Kraftfahrzeuge proportional jedoch nicht mitwachsen, sondern der  
 1097 Autoverkehr muss sich reduzieren, da das Verkehrsnetz schon heute an seine Grenzen stößt. Um  
 1098 dies zu erreichen, benötigen wir eine gerechte Verkehrsraumaufteilung bei der Förderung von  
 1099 Alternativen wie einem guten, preiswerten ÖPNV sowie sicherer Fuß- und Radwege. Weniger  
 1100 Individualverkehr ist auch gut für die unverzichtbaren Fahrzeuge, wie z.B. die des Handwerks und  
 1101 der Pflegedienste. Wir wollen keinen Kulturkampf auf den Straßen, sondern eine Nutzung der  
 1102 Straßen, die ein gutes Miteinander erlaubt.

1103 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1104 • die Stärkung von Carsharing und die weitere Ausweisung von Carsharing-Stellplätzen im
- 1105 öffentlichen Raum, vor allem in Paunsdorf und Grünau
- 1106 • die Einführung eines Sozialtarifs beim Carsharing, damit ein "Umsteigen" keine Frage des
- 1107 Geldbeutels ist
- 1108 • mehr Verkehrsberuhigung in Wohnvierteln, mithilfe von neuen Konzepten, Sackgassen und
- 1109 Einbahnstraßensystemen oder Diagonalsperren
- 1110 • Parklets, Superblocks und Sommerstraßen für gemeinschaftliche (Um)nutzungen des
- 1111 Stadtraums
- 1112 • die Lösung der Parkplatznot in den Wohngebieten, beispielsweise durch die konsequente
- 1113 Ausweisung von Anwohnerparkplätzen
- 1114 • ein stadtteilbezogenes Parkraum- und Garagenentwicklungskonzept, um den Platzbedarf für
- 1115 den ruhenden Verkehr zu verringern
- 1116 • die Parkraumbewirtschaftung durch die öffentliche Hand
- 1117 • den zügigen Ausbau des Park-and-Ride-Systems, besonders um attraktive
- 1118 Umsteigemöglichkeiten für Pendler\*innen zu schaffen
- 1119 • die Sanierung der vorhandenen Straßen statt Neubau
- 1120 • die Ausweitung von Tempo 30 km/h, auch auf Hauptstraßen
- 1121 • die Durchsetzung eines LKW-Durchfahrtsverbotes
- 1122 • die Förderung neuer logistischer Möglichkeiten für den Lieferverkehr in der Leipziger
- 1123 Innenstadt
- 1124 • die zügige Markierung von Anlieferzonen oder Kurzzeitparkplätzen z.B. für Handwerker oder
- 1125 ambulante Pflegedienste
- 1126 • die Unterstützung der mittelständischen Unternehmen bei der Umstellung auf Fahrzeuge
- 1127 ohne Verbrennungsmotor
- 1128 • die konsequente Umsetzung des Stadtentwicklungsplans Verkehr und öffentlicher Raum.

## 1129 **6. Bezahlbare Energie, Klimaschutz und genug Grün für alle**

1130 Wir leben in einer Zeit multipler Krisen, davon zeugen nicht nur die Corona-Pandemie, der Ukraine-  
 1131 Krieg und die Energiekrise sowie der rasant voranschreitende Klimawandel. Auch in Leipzig wird es  
 1132 immer heißer. Im Jahr 2023 war es in unserer Stadt im Durchschnitt bereits 1,3 Grad wärmer als im  
 1133 Jahr 1851. Die Innenstadt verwandelt sich im Sommer nicht nur für gefährdete Gruppen in eine  
 1134 Saunalandschaft. Menschen mit einem kleinen oder mittleren Einkommen, spüren die Folgen der  
 1135 Krisen am stärksten. Guter Umwelt- und Klimaschutz ist also durchaus in ihrem Interesse. Mit einer  
 1136 Solaranlage auf jedem Dach machen wir die Mieterinnen und Mieter unabhängiger vom  
 1137 Strommarkt, mit dem Ausbau der Parkanlagen sorgen wir für Erholung im Grünen auch ohne eigene  
 1138 Villa und mit dem Aufbau städtischer Kantinen ermöglichen wir gesundes und bezahlbares Essen  
 1139 für Alle. Sozialer Umwelt- und Klimaschutz verstärken die Existenzängste nicht, sondern sind das  
 1140 beste Gegenmittel.

### 1141 **6.1. Soziale Energiewende für alle**

1142 Die Energiewende bedeutet nicht nur die Abkehr von der Braunkohleverstromung und fossilen  
 1143 Gasheizungen, sondern auch die Chance auf eine stärkere Unabhängigkeit von Großkonzernen und  
 1144 globalen Energiemärkten. Leider spüren viele Menschen die Energiewende bislang vor allem in  
 1145 ihrem Geldbeutel: explodierende Energiepreise aufgrund eines ungerechten und intransparenten  
 1146 Strompreissystems, steigende Mieten nach energetischen Sanierungen und Heizungstausch und  
 1147 eine scheinbar unsicher werdende Energieversorgung mit dem Ausbau von Wind- und Solaranlagen.  
 1148 DIE LINKE möchte eine soziale Energiewende, von der insbesondere diejenigen profitieren, die  
 1149 sowieso den geringsten Energieverbrauch haben, aber dafür einen großen Anteil ihres Einkommens  
 1150 für Energie ausgeben müssen. Für sie brauchen wir einen schnellen Ausbau von Wind- und  
 1151 Sonnenenergieanlagen und Möglichkeiten, von diesen Anlagen in der Nachbarschaft zu profitieren.  
 1152 Gerade sie profitieren davon, wenn ihr Wohngebäude gedämmt und dadurch Heizkosten gespart  
 1153 werden können – solange die Mieten stabil bleiben.

1154 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1155 • den konsequenten Ausbau erneuerbarer Energieanlagen im gesamten Stadtgebiet
- 1156 • eine Solar-Pflicht für jedes neu zu errichtende kommunale Gebäude, für jeden neuen  
1157 Parkplatz und bei neuen Gewerbeansiedlungen
- 1158 • Nutzung großer Gewerbeparkplätze für Solarenergie
- 1159 • die Möglichkeit der Sonnenernte mittels Solaranlagen in Kleingärten und auf Garagenhöfen
- 1160 • Mieterstrommodelle für alle Mieterinnen und Mieter der LWB
- 1161 • Bürgersparmodelle (also eine Art Crowd-Funding) bei den Stadtwerken
- 1162 • einen finanziellen Ausgleich für die Ortschaften, die Flächen für Windenergie- oder  
1163 Freiflächensolaranlagen zur Verfügung stellen
- 1164 • ein gemeinsames Flächenankaufprogramm für erneuerbare Energien und eine bessere  
1165 Abstimmung mit den Umlandkommunen
- 1166 • das Verbot von Stromsperrern für die Kundinnen und Kunden der Stadtwerke Leipzig,
- 1167 • die Einführung von Sozial- und Stromspartarifen
- 1168 • eine kommunale Preisstabilität für eine ökologische Strom- und Wärmeversorgung
- 1169 • den Ausbau der kostenlosen kommunalen Energiesparberatung
- 1170 • ein Förderprogramm „Energieeffizienz mit stabiler Miete“, damit energetische Sanierungen

- 1171 nicht zu steigenden Mieten führen
- 1172 • ein Sanierungsprogramm für kommunale Gebäude, um die Sanierungsquote zu erhöhen.
- 1173 • Sanierungsbeauftragte in den Quartieren
- 1174 • den Ausbau des Fernwärmenetzes und die Etablierung von dezentralen
- 1175 Versorgungslösungen im Quartier
- 1176 • eine stärkere Unterstützung des Vertriebs, der Installation und der Wartung von
- 1177 Wärmepumpen durch die Stadtwerke Leipzig
- 1178 • ein Verbot von „Heizpilzen“.

## 1179 **6.2. Für eine Kreislaufwirtschaft, die Abfall reduziert und Ressourcen spart**

1180 Egal was wir produzieren und konsumieren - die Grundlage bilden immer natürliche Ressourcen  
 1181 sowie die Lebenszeit derer, die Waren produzieren. Wir wollen mit beidem sparsam umgehen:  
 1182 tauschen, leihen und verschenken. Würden alle Menschen auf der Welt leben, wie der deutsche  
 1183 Durchschnitt, bräuchten wir drei Erden. Dabei verbrauchen keineswegs alle gleich viel. Innerhalb  
 1184 der Gesellschaft gibt es große Unterschiede je nach Einkommen, Bildungsstand, Alter oder auch  
 1185 zwischen Ost und West. Wir als LINKE setzen uns für die sozial gerechte Verteilung und den Schutz  
 1186 dieser Ressourcen ein. Ein essenzieller Bestandteil ist dabei die Wiederverwendbarkeit und die  
 1187 Rückführung von Ressourcen in eine Kreislaufwirtschaft. Wertstoffhöfe müssen von Abfallhöfen zu  
 1188 Sammelstellen der Aufbereitung und Weitergabe transformiert und Initiativen wie Tausch-, Leih- und  
 1189 Umsonstläden gefördert werden.

1190 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1191 • ein erweitertes Papierkorbkonzept für das gesamte Stadtgebiet mit 500 neuen Papierkörben
- 1192 bis 2026 sowie eine Initiative: Nimm Deinen Müll mit nach Hause!
- 1193 • eine regelmäßige kostenlose Sperrmüllabholung für Privathaushalte
- 1194 • einen Reparaturbonus über die Landesförderung hinaus
- 1195 • einen städtischen Fördertopf für Ressourcenschutz und Abfallvermeidung und die
- 1196 Unterstützung von Repair Cafés, Verleihsystemen und der Aufbau einer Bauteilbörse
- 1197 • Mülltrennung und Mehrweggeschirr in öffentlichen Einrichtungen und bei öffentlichen
- 1198 Veranstaltungen
- 1199 • die Unterstützung von "Foodsharing"-Initiativen
- 1200 • die Einführung eines "Zero Waste"-Labels zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen für
- 1201 öffentliche Kantinen, Schulen und Kitas
- 1202 • solidarische Kleiderspenden statt privater Textilsammelstellen: Die Stadt soll selbst
- 1203 Kleiderspenden sammeln und diese gemeinnützig verwertet.
- 1204 • ein städtisches Second-Hand-Kaufhaus
- 1205 • Tauschcken für gebrauchte Möbel und andere Dinge auf den Wertstoffhöfen

## 1206 **6.3. Für eine sozial-gerechte ökologische Landwirtschaft**

1207 Die Preise für Nahrungsmittel explodieren. Viele Menschen wollen sich gesund und mit gutem  
 1208 Gewissen ernähren, können es sich aber nicht leisten. DIE LINKE kämpft für gutes, bezahlbares  
 1209 Essen für alle. Die Zahl der Menschen, die auf Lebensmittelspenden, wie beispielsweise der Tafeln,  
 1210 angewiesen sind, hat sich in den letzten Jahren auch in Leipzig deutlich erhöht. DIE LINKE setzt sich

1209 für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft ein, die nicht große Konzerne in den Mittelpunkt  
 1210 stellt, sondern die Versorgung der Menschen mit guten Lebensmitteln. Alle Menschen in Leipzig  
 1211 sollen die Möglichkeit bekommen, ökologisch produzierte Lebensmittel aus der Region günstig  
 1212 einkaufen zu können - sei es auf dem Wochenmarkt oder im Supermarkt/Kaufhalle.

1213 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1214 • einen städtischen Betrieb "Kommunale Leipziger Küchen" zur preiswerten Versorgung von  
 1215 Kindertagesstätten, Schulen und Kantinen mit regionalen und möglichst ökologisch  
 1216 erzeugten Lebensmitteln durch die Stadt Leipzig
- 1217 • die Stärkung der solidarischen Landwirtschaften (Solawi) durch Förderung und  
 1218 Verteilstationen in kommunalen Einrichtungen
- 1219 • die Sicherung der kommunalen landwirtschaftlichen Fläche
- 1220 • den Schutz der Existenz regionaler Landwirte vor Preisdumping durch eine soziale  
 1221 Vergabepolitik
- 1222 • die Nutzung der kommunalen Landwirtschaftsflächen für die Produktion ökologischer, fair  
 1223 produzierter, gesunder Lebensmittel
- 1224 • einen kommunalen Landwirtschaftsbetrieb, der das Recht hat, landwirtschaftliche Flächen  
 1225 zu kaufen, damit sie nicht an große Discounter fallen
- 1226 • einen Runden Tisch „Legales Containern“ in Leipzig
- 1227 • weniger Lebensmittelverschwendung in kommunalen Einrichtungen durch Kooperationen  
 1228 mit lebensmittelrettenden Organisationen
- 1229 • die Förderung regionalen Konsums z.B. durch Wochenmärkte und regionale Produkte in  
 1230 öffentlichen Einrichtungen.

## 1231 **6.4. Gute Klimapolitik ist soziale Politik**

1232 Klimaschutz und Klimaanpassung sind das Gebot der Stunde, wenn wir eine lebenswerte Stadt  
 1233 erhalten wollen. Doch wenn es um Klimaschutz geht, heißt es viel zu oft wir säßen alle im selben  
 1234 Boot. In Deutschland emittieren die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung genauso viel CO<sub>2</sub>, wie  
 1235 die gesamte ärmere Hälfte und der CO<sub>2</sub>-Anteil der Reichen steigt weiter. Aber auch die Klimafolgen  
 1236 sind nicht gleich verteilt: Während die einen sich in ihrem Pool abkühlen können, können sich  
 1237 andere nicht vor der Extremhitze schützen, was gerade im Alter ein erhebliches Risiko mit sich  
 1238 bringt. Die LINKE kämpft für Klimaschutz- und Klimaanpassungsmaßnahmen, die nicht moralisieren  
 1239 oder am Geldbeutel scheitern, sondern für die Mehrheit der Bevölkerung mehr und nicht weniger  
 1240 Lebensqualität bedeuten.

1241 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1242 • einen Umweltgerechtigkeitsatlas für die Stadt Leipzig
- 1243 • die Behandlung der Klimafrage als soziale Frage im Energie- und Klimaschutzprogramm  
 1244 2030
- 1245 • ein Umtauschprogramm für „Stromfresser“ (energieineffiziente Geräte) für Inhaberinnen und  
 1246 Inhaber des Leipzig Passes
- 1247 • Hitzetarife in den Schwimmbädern, kostenlose Sonnencreme an den Badestränden und  
 1248 mehr öffentliche Trinkwasserbrunnen in der ganzen Stadt
- 1249 • klimaangepassten Wohnungsbau und die Umrüstung von Bestandswohnungen sowie

- 1250 sozialen und medizinischen Einrichtungen, z.B. durch Klimaanlage, Rollos und Markisen  
 1251 und natürlichen Hitzeschutz (Bäume und Begrünung)
- 1252 • den Erhalt von Frischluftschneisen und Grünflächen in Bebauungsplänen
  - 1253 • Aktionspläne für Extremwetterereignisse
  - 1254 • Klimaschutz- und Anpassungsmanagerinnen und -manager für mehr Bürgerbeteiligung in  
 1255 den Quartieren
  - 1256 • Klimakonferenzen und andere Beteiligungsformate in den Stadtteilen, insbesondere zur  
 1257 Wärmewende
  - 1258 • die ausreichende Finanzierung für die Unterbringung und Versorgung von Fundtieren

## 1259 **6.5. Natur- und Umweltschutz vor Profitinteressen**

1260 Der Lebensraum für Tiere und Pflanzen in Leipzig schrumpft. Selbst sogenannte Allerweltsarten,  
 1261 wie Spatzen, werden seltener. Naturschutz gilt gesellschaftlich als Verhinderer,  
 1262 Kostenfaktor/Preistreiber oder Luxusproblem. Doch die Realität sieht anders aus: allzu oft wird  
 1263 Naturschutz den privaten Profitinteressen untergeordnet. Dabei hätte die Mehrheit der Bevölkerung  
 1264 durch effektiven Schutz unserer natürlichen Lebensgrundlagen mehr zu gewinnen als zu verlieren.  
 1265 Im Gegensatz zu privaten Großbauprojekten kommen ihre Leistungen allen zugute: sie reinigt Luft  
 1266 und Wasser, bestäubt die Pflanzen unserer Mahlzeiten und kühlt die Stadt.  
 1267 Die LINKE will daher die Stadt als Naturraum erhalten und ausbauen. Wer Profite mit einer grünen  
 1268 Stadt(umgebung) macht oder Natur zerstört, sollte auch in die Förderung und den Erhalt  
 1269 investieren. Insbesondere Leipzigs Auwald ist ein einzigartiges Schutzgebiet, welches wir schützen  
 1270 müssen.

1271 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1272 • ein Naturschutzgroßprojekt für den Leipziger Auwald sowie die schnelle Erstellung eines  
 1273 Auenentwicklungs- und Kommunikationskonzeptes
- 1274 • ein städtisches Programm für den Schutz, den Erhalt und die Förderung der biologischen  
 1275 Vielfalt
- 1276 • die konsequente Ahndung illegaler Baumfällungen
- 1277 • die Kontrolle von Ausgleichs- und Ersatzpflanzungen bei Baumfällungen
- 1278 • die Schaffung der personellen und materiellen Bedingungen für die Umsetzung des  
 1279 Straßenbaumkonzeptes (1000 neue Bäume, jedes Jahr)
- 1280 • einen Waldanteil von mindestens 10 Prozent der Gesamtfläche Leipzigs
- 1281 • den Ausbau des Schulbiologiezentrums zu einem Zentrum für Nachhaltigkeitsbildung
- 1282 • die finanzielle Stärkung der Stadtreinigung für die vollständige Pflege von städtischen  
 1283 Grünflächen
- 1284 • den Schutz des Cossis vor der Freigabe für die unbegrenzte Nutzung durch Motorboote
- 1285 • die weitere Unterstützung der Kleingartenvereine bei der Entwicklung und dem Erhalt ihrer  
 1286 Anlagen als Zentren der Naherholung und der aktiven Freizeitgestaltung

## 1287 **6.6. Für eine lebenswerte Stadtentwicklung und ein Recht auf Grün für Alle**

1288 Leipzig braucht Platz für Schulen, Kitas und bezahlbare Wohnungen. Es wird aber nicht nur für den  
 1289 guten Zweck, sondern auch für den Profit gebaut. Die Folgen dieser Entwicklung: Freiräume zur

1290 Erholung werden der Allgemeinheit entrissen, Frischluftschneisen zubetoniert, kühlende  
 1291 Grünflächen und Bäume wegplaniert, Lebensräume für Tiere und Pflanzen in der Stadt  
 1292 verschwinden. Glücklicherweise kann sich da, wer ein Haus mit Garten hat.  
 1293 Wir wollen den Konflikt zwischen Umweltschutz und den Flächenbedarf einer wachsenden Stadt  
 1294 durch eine nachhaltige Stadtentwicklung auflösen. Jeder Leipziger und jede Leipzigerin hat das  
 1295 Recht auf eine grüne Nachbarschaft und ein Park in geringer Entfernung (Recht auf Grün). Durch  
 1296 Nachverdichtung bereits bebauter Gebiete wollen wir verhindern, dass unberührte Bereiche in  
 1297 Anspruch genommen werden müssen. Wer in Leipzig baut, trägt die Verantwortung dazu etwas  
 1298 beizutragen und den Verlust von Stadtnatur zu verhindern.

1299 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1300 • eine verpflichtende Dach- und Fassadenbegrünung
- 1301 • Grüne Innenhöfe für alle Neubauprojekte und den Umbau von Bestandsbauten
- 1302 • ein Artenvielfaltskonzept für jeden neuen Bebauungsplan
- 1303 • den Ausgleich jedes Baums auf Kosten der Investoren im Rahmen von Bebauungsplänen
- 1304 • einen Leipziger Energie- und Baustandard unter Berücksichtigung von Aspekten des Umwelt-  
 1305 und Artenschutzes
- 1306 • ein Konzept „Doppelte Innenentwicklung“ für den Grundsatz „Innen- vor Außenentwicklung“,  
 1307 aber auch „mehr Grün vom Grundstück“ durch höhere Bebauung
- 1308 • ein Ankaufprogramm von Flächen zur Flächenbevorratung, insbesondere für Grünflächen  
 1309 und Ausgleichsmaßnahmen für Bebauung
- 1310 • ein sozial-ökologisches Liegenschaftsmanagement, das Umweltschutz und Flächenbedarf in  
 1311 Einklang bringt
- 1312 • mehr Multifunktionalität bei Neubauten, z.B. durch stapelnde Bauweise
- 1313 • dem Umbau von Plätzen, wie dem Wilhelm-Leuschner-Platz, zu grünen Oasen im Rahmen  
 1314 des Stadtplatzprogramms
- 1315 • die Etablierung eines Rechts auf Grün in nur fünf Minuten Entfernung im Rahmen des  
 1316 Masterplan Grün
- 1317 • ein ökologisches Pflegehandbuch für jeden Park
- 1318 • den Erhalt des Bürgerbahnhofs Plagwitz als öffentlicher grüner Freiraum
- 1319 • Öffnung der Grünflächen öffentlicher Einrichtungen für Urban Gardening
- 1320 • die ganztägige öffentliche Nutzung von städtischen Flächen, wie z.B. Schulhöfen
- 1321 • die Förderung der Vielzahl kleiner Leipzig Läden in den Wohngebieten für eine wohnortnahe  
 1322 Versorgung.

## 1323 **7. Wir alle sind Leipzig**

1324 Unsere Stadt kann auf eine über 1.000 Jahre alte, wechselvolle Geschichte zurückblicken, die für  
 1325 die Leipziger\*innen identitätsstiftend ist. Leipzig hat sich in den vergangenen Jahrhunderten als  
 1326 weltoffene Bürger\*innenstadt entwickelt, die tolerant, friedlich, engagiert und mitunter auch rebel-  
 1327 lisch ist. Diese Traditionen gilt es zu bewahren und weiterzuführen. Leipzig ist unser Zuhause – so-  
 1328 wohl die Kernstadt als auch die Ortsteile. Die 63 Ortsteile sind unser Wohnzimmer, ein Ort der  
 1329 Nachbarschaftshilfe, der Vertrautheit und Geborgenheit. Leipzig ist der Ort des vielfältigen kulturel-  
 1330 len Angebots, der Innovationen, der Freiräume für verschiedene Communitys und des Willkommens  
 1331 für Menschen aus anderen Ländern und von anderen Kontinenten. Gerade diese Vielfalt ist eine  
 1332 Chance für Integration und ein friedliches Zusammenleben in der wachsenden Stadt.

1333 Auf Landesebene fordert DIE LINKE die Herabsetzung des Wahlalters in Kommunen auf zunächst 16  
 1334 Jahre, wie es in anderen Bundesländern selbstverständlich ist. Das Kommunalwahlrecht soll auf  
 1335 Landes- und Bundesebene auch für lange hier lebende Menschen ohne deutschen Pass eingeführt  
 1336 werden. Das hohe Quorum für Bürger\*innenentscheide soll in Sachsen deutlich gesenkt werden.

## 1337 **7.1. Leipzig gemeinsam gestalten**

1338 Wir verstehen uns als konsequent weltoffene und tolerante Partei. Demokratie ist kein »fertiger« Zu-  
 1339 stand; Demokratie muss Tag für Tag von Bürger\*innen erkämpft werden. Sie muss aber auch im All-  
 1340 tag gelebt werden können: auf allen Ebenen und in allen Bereichen. Es ist und bleibt Aufgabe der  
 1341 Politik, Bürger\*innen mehr Beteiligung zu ermöglichen. Alle Menschen sollen sich in die Stadtpolitik  
 1342 einmischen und mitentscheiden können. DIE LINKE steht für ein vielfältiges Leipzig, in dem Rassis-  
 1343 mus, Antisemitismus, rechte Hetze und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit  
 1344 keinen Platz haben. Von demokratischer Teilhabe lebt die Stadtgesellschaft. Das ist in Leipzig gute  
 1345 Tradition und das hat in einer wachsenden Stadt auch gute Perspektiven.

1346 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1347 • die öffentliche antifaschistische demokratische Positionierung sowie die Förderung zivilge-  
 1348 sellschaftlichen Projekten
- 1349 • die Durchführung von Bürger\*innenentscheiden zu politisch bedeutsamen Fragen wie z.B.  
 1350 eine mögliche Olympiabewerbung
- 1351 • den Ausbau einer angemessenen und wirksamen Budgetverwaltung und demokratische  
 1352 Stärkung der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte, z.B. durch Direktwahl
- 1353 • die Erhaltung und der Ausbau eines funktionsfähigen und verbindlichen Bürger\*innenhaus-  
 1354 haltes und eines öffentlich nachvollziehbaren Haushaltsrechners
- 1355 • eine transparente und bürger\*innenfreundliche Informationspolitik der Stadtverwaltung
- 1356 • die Stärkung des ehrenamtlichen Engagements, z.B. durch die substantielle Weiterentwick-  
 1357 lung der Freiwilligenagentur, den Ausbau von Stadteilzentren und der Förderung von Beteili-  
 1358 gungsbüros für Bürgerinnen und Bürger
- 1359 • ein besser gefördertes Ehrenamt in den Leipziger Sportvereinen u. a. angesichts der Her-  
 1360 ausforderungen von Integration und Inklusion
- 1361 • Verbesserung von Qualifizierungsmaßnahmen für das Ehrenamt, Abbau der Bürokratie im  
 1362 Ehrenamt und Ausbau der Digitalisierung zur Erfüllung der Aufgaben
- 1363 • Förderung sozialarbeiterischer Fanprojekte zur Förderung und Ausbau demokratischer  
 1364 Fankulturen im Sport.

## 1365 **7.2. Kultur für alle**

1366 Leipzig gewinnt seine Ausstrahlung und Anziehungskraft wesentlich durch die vielfältige kulturelle  
 1367 Szene und kreative Menschen. Kultur ist zentral für das Selbstverständnis unserer Stadt und deren  
 1368 Entwicklung als weltoffene Metropole. Kultur ist ein Grundbedarf, denn sie bildet und fördert ein  
 1369 kritisches Bewusstsein, sie stärkt maßgeblich den Zusammenhalt und das demokratische Miteinan-  
 1370 der in unserer Stadt. DIE LINKE versteht Kulturpolitik als unverzichtbaren Bereich der Daseinsvor-  
 1371 sorge. Das wertvolle und in seiner Vielfalt einmalige Kulturleben Leipzigs muss erhalten und weiter  
 1372 entwickelt werden. Dazu sollen Verlässlichkeit und hinreichende Zuschüsse für die Stabilität

1373 bewährter Strukturen im Bereich der Eigenbetriebe Kultur sorgen. Wir stehen für den Erhalt und die  
 1374 Schaffung nichtkommerzieller Freiräume für Kunst und Kultur. Angesichts der Verdrängungsprozes-  
 1375 se in einer wachsenden Stadt und vor dem Hintergrund ökonomischer Zwänge bei der Existenzsi-  
 1376 cherung werden wir weiterhin für die Sicherung von Räumen für Kultur streiten – Kulturpolitik ist In-  
 1377 frastrukturpolitik.

### 1378 **7.2.1. Kultur muss sich lohnen**

1379 Teilhabe an Kultur und kulturelle Bildung muss für alle Bevölkerungsgruppen unserer zunehmend di-  
 1380 versen Stadtgesellschaft ermöglicht werden. Dazu müssen wir die gewachsenen vielfältigen kultu-  
 1381 rellen Strukturen erhalten und diese stadträumlich differenziert sowie inklusiv und transkulturell  
 1382 weiterentwickeln und ausbauen. Vor allem müssen wir aber allen Kulturschaffenden eine faire und  
 1383 angemessene Bezahlung von Kulturschaffenden in Projekten und Institutionen zusichern.

1384 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1385 • eine stabile Zuschussvereinbarung der Stadt Leipzig mit ihren Eigenbetrieben Kultur und die
- 1386 finanzielle Absicherung aller städtischen Kultureinrichtungen
- 1387 • sozialverträgliche Eintrittspreise
- 1388 • die Absicherung der Vielfalt der freien Kulturszene durch die Fortschreibung der Dynamisie-
- 1389 rung bzw. Anhebung der Fördermittel
- 1390 • den Erhalt und die Absicherung aller Soziokulturellen Zentren in Leipzig sowie die Etablie-
- 1391 rung eines Soziokulturellen Zentrums im Robert Koch Park
- 1392 • mehr Planungssicherheit von Kulturangeboten in der Freien Szene durch ein angemessenes
- 1393 Budget für eine Basisförderung als neues Instrument in der Fördermittelvergabe
- 1394 • die Verstetigung des Stipendienprogramms für freie Kulturschaffende aller Sparten
- 1395 • den Aufbau eines unabhängigen Kompetenzzentrums für die Freie Kulturszene

### 1396 **7.2.2. Kulturelle Vielfalt für alle**

1397 Das Schwerpunktthema kulturelle und demokratische Bildung muss weiterentwickelt werden. Kin-  
 1398 der und Jugendliche brauchen Teilhabe an Kultur. Ohne sie fehlen ihnen wichtige Kompetenzen. Das  
 1399 kann nicht nur einer gleichberechtigten Teilhabe am gesellschaftlichen Leben entgegenwirken, son-  
 1400 dern begünstigt letztlich sogar Ausgrenzung. Deswegen muss Kultur allen überall in der Stadt zu-  
 1401 gänglich sein. Wir begreifen kulturelle Vielfalt und Migrationsgeschichten als Bereicherung für die  
 1402 neue Stadtgesellschaft und würdigen all diejenigen, die zur kulturellen Vielfalt unserer Stadt heute  
 1403 und in der Vergangenheit beigetragen haben.

1404 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1405 • den gezielten Ausbau von kulturellen Angeboten und Nachbarschaftsprojekten in den Orts-
- 1406 schaften und Schwerpunktgebieten
- 1407 • den Ausbau von dezentralen Angeboten der kulturellen und demokratischen Bildung für Kin-
- 1408 der und Jugendliche
- 1409 • die Weiterentwicklung der städtischen Museen und Bildungseinrichtungen als „Dritte Orte“
- 1410 bzw. Begegnungsorte

- 1411 • die Öffnung der städtischen Kulturinstitutionen durch Schaffung neuer Zugänge und Sicht-
- 1412 barkeiten für Gruppen der Gesellschaft, die bisher nicht ausreichend erreicht wurden
- 1413 • die Stärkung und Förderung von kulturellen Vorhaben von Migrant\*innen die Würdigung der
- 1414 Lebensleitungen von Frauen (FLINTA\*) u.a. in Themenjahren
- 1415 • die inklusive Gestaltung von Bildungsangeboten und barrierefreie und inklusive Zugänge zu
- 1416 Kulturangeboten sei es durch bauliche Maßnahmen oder zum Beispiel mit Audiodeskription
- 1417 • die Einbeziehung und Unterstützung von kulturellen Akteur\*innen mit Behinderungen ent-
- 1418 sprechend der UN-Behindertenrechtskonvention
- 1419 • die Umsetzung der Richtlinie Kunst am Bau bei allen kommunalen Bauvorhaben, besonders
- 1420 bei Schulen und Kitas
- 1421 • die Entwicklung und Umsetzung eines Programms für Kunst im öffentlichen Raum
- 1422 • eine verlässliche Förderung der Koordinierungsstelle Graffiti und die Schaffung von neuen
- 1423 legalen Graffitiflächen
- 1424 • für die bauliche Umsetzung und Neuausrichtung des Naturkundemuseums und des Sport-
- 1425 museums; beide Vorhaben sollten in der nächsten Wahlperiode umgesetzt werden.

### 1426 7.2.3. Neue Kulturorte

1427 Um kulturelle Vielfalt zu sichern, brauchen Kulturschaffende Räume. Diese werden in Leipzig knap-  
 1428 per und teurer. Leerstehende bzw. freierwerdende stadteigene Gebäude sollen deshalb einer kulturel-  
 1429 len Nutzung zugeführt werden, dazu zählen z.B. Gemeindeämter, Rathäuser und Kliniken.

1430 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1431 • beteiligungsorientierte und nachbarschaftsorientierte Konzepte wie die Nutzung des „Kinos
- 1432 der Jugend“ als Soziokulturelles Zentrum und der „Ostwache“ als Raum für Kulturschaffende
- 1433 • die Sicherung und Schaffung preiswerter Atelier- und Probenräume in Leipzig
- 1434 • die Unterstützung und den Erhalt von unabhängigen Kunst- und Kulturräumen in den Quar-
- 1435 tieren
- 1436 • die Realisierung eines Filmkunsthauses, um Filmkunst langfristig in Leipzig zu sichern
- 1437 • eine verbindliche Kulturquote bei der Vergabe von Gewerbegrundstücken und -objekten
- 1438 • die finanzielle Absicherung des traditionsreichen DOK-Filmfestivals.

### 1439 7.2.4. Leipzig liest

1440 Neben der Volkshochschule und der Musikschule zählen die Bibliotheken zu den meistgenutzten Bil-  
 1441 dungs- und Kultureinrichtungen in Leipzig mit generationsübergreifenden Angeboten für lebenslan-  
 1442 ges Lernen. Die Entwicklung der Bibliothekslandschaft mit transkultureller Öffnung und umfassen-  
 1443 der Barrierefreiheit ist eine gesamtstädtische Aufgabe. Wir wollen die Bibliotheken als kulturelle Ort  
 1444 weiterentwickeln, die neben dem Zuhause und dem Arbeitsplatz elementare Sozialräume der Stadt-  
 1445 gesellschaft sind. Bibliotheken werden zunehmend digital und sollten verstärkt Medienkompetenz  
 1446 vermitteln. In der wachsenden Stadt müssen wir die Bibliotheken erhalten und den Bedarfen der di-  
 1447 versen Stadtgesellschaft anpassen.

1448 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1449 • den Ausbau der Stadtteilbibliotheken in Paunsdorf, Schönefeld und am Runkiplatz
- 1450 • den Erhalt der Bibliothek in den Ortsteilen, u.a. in Holzhausen
- 1451 • die Ausstattung der Bibliotheken durch digitale Angebote und die Förderung von E-Learning
- 1452 • die Aufstockung des Medienetats und die Absicherung des Personals inklusive der Medien-
- 1453 pädagogik
- 1454 • die Entwicklung und auskömmliche finanzielle Untersetzung des Bildungszentrums Grünau
- 1455 mit Stadtteilbibliothek sowie Angeboten der kulturellen Bildung und Bürger\*innenamt
- 1456 • die Entstehung eines gemeinsamen neuen barrierefreien Bildungscampus für die Volkshoch-
- 1457 schule und die Musikschule "Johann Sebastian Bach" in zentraler Lage am Wilhelm-Leusch-
- 1458 ner-Platz
- 1459 • für eine gute Bezahlung sowie die soziale Absicherung der Honorarlehrkräfte an der Volks-
- 1460 hochschule

### 1461 **7.2.5. Leipzig feiert**

1462 Leipzig hat ein buntes und bewegtes Nachtleben. Zahlreiche Kultureinrichtungen und Clubs bieten  
 1463 jungen und alten Einwohner\*innen und Gästen Platz zur Entfaltung und zum Feiern. Gleichzeitig hat  
 1464 die Verdrängung von Lokalitäten durch Bauvorhaben längst begonnen. Clubs mussten Neubaupro-  
 1465 jekten weichen. Investor\*innen ignorieren die gewachsenen und etablierten kreativen Einrichtun-  
 1466 gen.

1467 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1468 • die höhere Gewichtung von kulturellen Bestandsnutzungen gegenüber Bauinvestor\*innen
- 1469 • Beratungs- und Fördermöglichkeiten für bessere Lärmschutzisolierungen, um ein konflikt-
- 1470 freies Miteinander von Kulturorten und Wohnbebauung zu ermöglichen
- 1471 • „Kulturschutzzonen“ mit besonderen Regelungen für Emissionsschutz und Ordnung
- 1472 • die Bereitstellung städtischer Freiflächen für nichtkommerzielle Open-Air-Kulturveranstaltungen
- 1473 gen
- 1474 • die Einführung des „Agent of Change“-Prinzips, durch welches Bauherren dazu verpflichtet
- 1475 werden, bei Bauvorhaben in Clubnähe für passiven Lärmschutz zu sorgen
- 1476 • eine nachhaltige Kulturpolitik, die ökologische Aspekte berücksichtigt und sich für den Kli-
- 1477 maschutz engagiert

### 1478 **7.3. Moderne und bevölkerungsnahe Verwaltung**

1479 Die Leipziger Stadtverwaltung muss sich vor dem Hintergrund des weiteren Wachstums der Bevöl-  
 1480 kerungszahl und der Migrationsbewegungen den Herausforderungen der digitalisierten Welt stellen.  
 1481 Die Entwicklung der Verwaltung und ihrer Dienstleistungen für die Einwohnerinnen und Einwohner  
 1482 unserer Stadt wollen wir bürgernah, modern und barrierefrei gestalten.  
 1483 Digitalisierung widerfährt uns nicht, sondern ist ein politischer Prozess, der sozial gerecht und  
 1484 nachhaltig gestaltet werden muss. Digitalisierung ist weder reiner Selbstzweck noch universelle Lö-  
 1485 sung, sondern muss immer konkretes Werkzeug für ein existierendes Problem sein. DIE LINKE sieht  
 1486 darin Chancen für Selbstorganisation, Selbstbestimmung und alternatives Wirtschaften, aber auch  
 1487 ernste Gefahren durch staatliche Überwachung und kapitalistische Verwertungslogik.  
 1488 Wir wollen die Internationalität sowie die interkulturelle und sprachliche Kompetenz der Mitarbeite-

1489 rinnen und Mitarbeiter der Verwaltung und der städtischen Einrichtungen gezielt fördern. Dabei  
 1490 können ständige Mehrarbeit, Arbeitsverdichtung und Überlastung der Beschäftigten nicht länger  
 1491 hingenommen werden. Denn zufriedene Mitarbeiter\* sorgen durch gute Dienstleistungen für zufriedene  
 1492 Bürgerinnen und Bürger. Pauschale Stellenstreichungen und Kürzungen lehnen wir ab.

1493 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1494 • gute Erreichbarkeit der Stadtverwaltung über die Bürgertelefone und Bürgerbüros sowie barrierefreie Zugänge über das Internet auch für Menschen mit geringen technischen und sprachlichen Kenntnissen (einfache Sprache)
- 1495
- 1496
- 1497 • zeitnahe Terminbuchungen für Bürgerbüros per Telefon oder elektronisch über das Internet für die Erledigung vor Ort
- 1498
- 1499 • die Erweiterung der Dienstleistungsangebote zur digitalen und videobasierten Abwicklung, auch ergänzt um Ausweis-, Pass- und Melderegisterangelegenheiten
- 1500
- 1501 • ein modernes Personalentwicklungskonzept und offensive Personalgewinnung, um freierwerdende Stellen schnell wiederzubesetzen
- 1502
- 1503 • die Digitalisierung der Verwaltungsvorgänge für die Gestaltung hochwertiger und bürgernahe Dienstleistungen sowie schnellerer Verwaltungsabläufe; Zugleich darf Digitalisierung nicht als Vorwand für Stellenstreichungen und personalfeindliche Kürzungen wie „Share-desk“ dienen
- 1504
- 1505
- 1506
- 1507 • Städtezusammenschlüsse zur Realisierung digitaler Bürger\*innenprojekte und der weiteren Digitalisierung der kommunalen Ebene über den Deutschen Städtetag
- 1508
- 1509 • den flächendeckenden Ausbau von freiem WLAN in den öffentlichen Unternehmen und Behörden sowie den Kultureinrichtungen
- 1510
- 1511 • die Unterstützung der Entwicklung von Open Data, Open Source und Open Government um die Transparenz, die Zusammenarbeit und das Vertrauen zwischen Verwaltung, Politik und Stadtgesellschaft zu stärken
- 1512
- 1513
- 1514 • den Ausbau der Angebote der digitalen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Meinungsbildung und zum breiten Diskurs über stadtpolitische Themen
- 1515

#### 1516 **7.4. Sport als Motor des sozialen Zusammenhaltes**

1517 Fast dreiviertel aller Leipziger\*innen sind sportlich aktiv, davon sind etwa 100.000 als Mitglieder in  
 1518 400 Leipziger Sportvereinen organisiert. In der wachsenden Stadt steigen auch die Anforderungen  
 1519 an den organisierten und individuellen Sport. Bestehende Sportanlagen und Bolzplätze sind vielfach  
 1520 durch Bebauung bedroht. Sport und Wohnen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Neue  
 1521 Stadtquartiere müssen mit Sportanlagen ausgestattet werden. Dabei dürfen Grün- und  
 1522 Freiflächen für den Individualsport nicht fehlen. DIE LINKE setzt sich dafür ein, einen verbindlichen  
 1523 Standard zu entwickeln, der auch für private Investoren gilt und in Bebauungsplänen bzw.  
 1524 Städtebaulichen Verträgen durch die Verwaltung verbindlich geregelt wird. Die Förderung des  
 1525 Fairplays und der Nachhaltigkeit im Sport als Werte, die sowohl im sportlichen als auch im  
 1526 gesellschaftlichen Bereich gelten sollen, die Anerkennung von Sportarten unabhängig von  
 1527 Geschlecht, Herkunft oder Religion und die Reduzierung des ökologischen Fußabdrucks von  
 1528 Sportaktivitäten sind LINKE Ziele.

1529 E-Sport und Gaming werden teilweise wie Sport betrieben. Darin kann eine Chance liegen, gerade  
 1530 auch Jugendlichen niedrigschwellig und barrierearm Raum zu geben, der den integrativen sozialen  
 1531 Austausch befördert. Hierfür möchten wir auch notwendige Rahmenbedingungen und mögliche

1532 Förderungen diskutieren. Ein gut ausgebautes, öffentliches Angebot kann schädlichen,  
 1533 profitorientierten Strategien im Spielevertrieb entgegenwirken und Kinder- und Jugendschutz  
 1534 bedenken.

#### 1535 **7.4.1. Konsequente Sanierung und Modernisierung der Sportinfrastruktur**

1536 Leipzig wächst. Das Angebot an Sportmöglichkeiten muss erhalten bleiben und ausgebaut werden.  
 1537 DIE LINKE fordert eine ausreichende Finanzierung für die Sanierung und Modernisierung von  
 1538 Sportstätten, Sporthallen, Schwimmbädern und Sportplätzen. Wir unterstützen die Beteiligung von  
 1539 Nutzer\*innen und Anwohner\*innen bei der Planung und Gestaltung von Sportanlagen. Leipzig ist  
 1540 Sitz des Landessportbundes und vieler weiterer Landesfachverbände. DIE LINKE setzt sich dafür  
 1541 ein, dass dies so bleibt. Die Potentiale des ehemaligen Schwimmstadions im Sportforum sind dabei  
 1542 auszuschöpfen.

1543 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1544 • den Neubau eines Hauses des Sports in Leipzig, um Vereinen und Verbänden einen
- 1545 krisensicheren Standort zu gewähren
- 1546 • die weitere Sanierung von Leipzigs Sportstätten, z.B. des Erich-Steinfurth-Stadions und der
- 1547 Sporthalle Teichstraße
- 1548 • den Neubau weiterer Sporthallen, u.a. in Böhlitz-Ehrenberg
- 1549 • den Neubau mindestens zwei weiterer Schwimmhallen
- 1550 • die Sanierung der Kuppelhallen des Kohlrabizirkusses
- 1551 • den Neubau und die Ertüchtigung von Sport- und Freizeitanlagen im öffentlichen Raum, so
- 1552 wohnortnahe Bolzplätze, Skateboard-, Boulder- und Bike-Anlagen sowie Calisthenicsanlagen
- 1553 • Maßnahmen, die eine ganzjährige Nutzung von Sportplatzanlagen ermöglichen, wie
- 1554 Kunstrasenplätze und Beleuchtungsanlagen
- 1555 • die freizeitsportgemäße Ertüchtigung der Bodenbeläge sowie die Erweiterung der
- 1556 Radwegeverbindungen, einschließlich Lückenschließungen
- 1557 • eine bessere personelle Begleitung der Sportvereine bei baulichen Investitionen durch die
- 1558 Verwaltung
- 1559 • eine angemessene und dem jeweiligen Bedarf angepasste Förderung der Pachtvereine zur
- 1560 Unterhaltung und Ertüchtigung der Sportflächen bei Beibehaltung des Pachtzinses von 1
- 1561 EUR pro Jahr
- 1562 • mehr Hallenwart\*innen in den Leipziger Schulsportstätten
- 1563 • das Budget der Sportförderung von aktuell 20 EUR je organisiertem Mitglied auf 30 EUR je
- 1564 organisiertem Mitglied erhöht wird.

#### 1565 **7.4.2. Rahmenbedingungen für den Spitzensport entwickeln**

1566 Zur Sportstadt Leipzig gehört ein leistungsfähiger Spitzensport. Wir wollen den Leistungssport in  
 1567 Leipzig fördern und fair gestalten. Große nationale und internationale Sportevents sollen sozialen,  
 1568 inklusiven, ökologischen und nachhaltigen Ansprüchen genügen. DIE LINKE setzt sich dafür ein,  
 1569 einen Kriterienkatalog zu erarbeiten, der die Bereitstellung öffentlicher Mittel für große Sportevents  
 1570 von der Erfüllung dieser Kriterien abhängig macht. Wir stehen für eine transparente Vergabe von  
 1571 Fördermitteln an Spitzensportvereine. Traditionsreiche Sportanlagen wie der Alfred-Kunze-  
 1572 Sportpark und das Bruno-Plache-Stadion stehen für die Leipziger Sport- und Fußballgeschichte und

1573 müssen weiter für die Zukunft fit gemacht werden.

1574 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1575 • eine angemessene soziale Absicherung von Leistungssportler\*innen
- 1576 • die angemessene Finanzierung des Olympiastützpunktes Sachsen am Standort Leipzig
- 1577 • die Prüfung der Voraussetzungen einer Olympiabewerbung durch den DOSB ab 2036 nach
- 1578 ökologischen und sozialen Standards
- 1579 • die Sportanlagen im Alfred-Kunze-Sportpark und im Bruno-Plache-Stadion im Verbund mit
- 1580 dem Freistaat Sachsen und den Vereinen zu ertüchtigen und für den jeweiligen
- 1581 Ligaspielbetrieb auszustatten
- 1582 • die Sicherung der Trainingsstätten für den Hochleistungssport, insbesondere den
- 1583 Schwimmsport
- 1584 • den Neubau einer weiteren bundesligatauglichen Wettkampfhalle im Sportforum
- 1585 • die Sanierung und Aufstockung der Arena
- 1586 • den Neubau einer Multifunktionshalle für die Leichtathletik auf der Nordanlage
- 1587 • die Sanierung des Olympiastützpunktes an der Hans-Driesch-Straße
- 1588 • die sofortige Rücknahme der Kürzungen beim Institut für Angewandte Trainingswissenschaft
- 1589 (IAT)
- 1590 • für frühzeitige Aufklärung- und Präventionsmaßnahmen und konsequentes Entgegenwirken
- 1591 von Doping- und Medikamentenmissbrauch zusammen mit Sportvereinen, Verbänden und
- 1592 Schulen

#### 1593 **7.4.3. KiTas, Schulen, Unis, Sportvereine vereint im sportlichen Miteinander**

1594 Wir setzen uns für eine bedarfsgerechte und nachhaltige Förderung des Breiten-, Freizeit- und  
 1595 Vereinssports in Leipzig ein. DIE LINKE möchte das alle Menschen Zugang zu Sportangeboten  
 1596 haben. Die Voraussetzungen für Spitzenleistungen im Hochleistungssport werden im Schul- und  
 1597 Breitensport geschaffen. Vom Kleinkindalter an ist Sport eine wichtige Basis für ein gesundes  
 1598 Leben. Wir wollen den Schulsport stärken und die Zusammenarbeit zwischen Schulen und Vereinen  
 1599 verbessern. Wir fordern eine qualitativ hochwertige und flächendeckende Versorgung mit  
 1600 Sportlehrer\*innen und eine Erhöhung der Sportstunden in allen Schulformen. Wir unterstützen die  
 1601 Einrichtung von Ganztagschulen mit vielfältigen Sportangeboten.

1602 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 1603 • die infrastrukturelle Gewährleistung und Absicherung des lehrplangerechten Schulsports
- 1604 • mehr Bewegungsangebote für Kleinkinder und Kinder in Kitas, Schulhorten und
- 1605 Sportvereinen
- 1606 • geförderte Kooperationen zwischen (Grund-)Schulen, Kitas und Sportvereinen
- 1607 • kostenfreie Schwimmkurse für alle
- 1608 • die Nutzung der Schulsportinfrastruktur durch den organisierten Sport und Öffnung für
- 1609 nichtorganisierten Freizeitsport
- 1610 • die Weiterentwicklung der Kooperationen zwischen den Leipziger Hochschuleinrichtungen
- 1611 und den Leipziger Sportvereinen.